

Überreiter Volksbote.

Organ für die Interessen der werthäften Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 928]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierjährlich Mr. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Zeitungsschreiber Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Seite oder deren Teile 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Fristen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 247.

Sonnabend, den 21. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Dank vom national-sozialen Hause.

+ Natürliche gelang es anlässlich der vorjährigen Oldenburgischen Landtagswahl durch ein gemeinsames Vorgehen der sozialdemokratischen und national-sozialen Wahlmänner die Bündler aus dem Fürstentum Lübeck zu verdrängen. Was lag da näher, als daß auch in diesem Jahre ein Teil unserer Genossen den Standpunkt vertrat, daß man auch dieses mal wieder versuchen müsse, durch ein gleiches Vokommen, das bereits bei den Wahlen der Wahlmänner Sitzung haben sollte, die Agrarier zu schlagen. Dieses Abkommen kam zustande; man wurde sich darin einig, daß die vier Mandate geteilt werden, daß also die Sozialdemokraten und die Nationalsozialen je zwei erhalten sollten. Das Resultat war, daß von 72 Wahlmännern 39 der gemeinsamen Liste den Sieg errangen. Von diesen erklärten allerdings 2 daß sie nur einen Sozialdemokraten zu wählen geneigt seien. Jamerchin versprach aber die Liste noch über eine kleine Mehrheit, die, wie zu erwarten war, von freisinniger Seite noch einen Zusatz erhalten würde.

Die Sache war also soweit geregelt. Da kam die Ministerierung der Kandidaten; von unserer Seite wurden die Genossen Bull, Ravensbusch und Beidler-Schwartau ausgesetzt, während die Nationalsozialen sich auf die Herren Lenger Boß-Gutin und Amtseinnehmer Döhler-Gutin vereinigten. Der letztere Name erregte begreiflicherweise Aufsehen bei unseren Genossen; war doch dieser Herr in Gutin auf einer gegenüberliegenden Liste als Wahlmann gewählt und hatte er sich dadurch ferner in direkter Gegnerschaft zu unserer gemeinsamen Liste gestellt. Weiter kam in Betracht, daß Herr Döhler noch im vorliegenden Landtag als von den Agrariern und Städtern gewählter Abgeordneter saß. Einen solchen Mann zu wählen, könnten unsere Genossen nicht verantworten; sie kamen deshalb am Wahltage darin überein, daß Döhler gestrichen und dafür zunächst Geroße Rebenstorff-Gutin auf die Liste gesetzt werden sollte. Zu diesem Vorgehen waren sie um so mehr berechtigt, als ihnen inzwischen von nationalsozialer Seite mitgeteilt worden war, daß man mit absoluter Sicherheit nur auf die Wahl eines Sozialdemokraten rechnen könne. Man vermutete also, daß die Bundesbrüder trotz des guten Willens und der ernsten, ehrlichen Absicht ihrer Führer nicht stand halten wollten, wie es ja auch von einer ganzen Reihe bürgerlicher Blätter mit schmähendem Behagen in die Welt hinausposaunten worden war.

Der Wahltag war also gekommen; unsere Genossen waren auf dem Posten; es fehlte dagegen ein national-sozialer Wahlmann, der leider schwer erkrankt war. Trotzdem sahen es nicht ausgeschlossen, daß die ganze gemeinsame Liste eher siegen würde, als die agrarische. Am Morgen vor der Wahl machte Schreiber dieses, der im Auftrage der Vorortskommission in Gutin wußte, einen nationalsozialen Vertrauensmann darauf aufmerksam, daß mit der Streichung Döhlers zu rechnen sei. Er erklärte aber weiter, daß von einer Durchbrechung der getroffenen Abmachungen keine Rede sein könne, daß vielmehr nur die Person des Herrn Döhler Aufschwung erzeuge. Eine Einigung über den Kandidaten, der an Döhlers Stelle treten und auch von uns unterstützt werden sollte, kam bei der Kürze der Zeit nicht zu stande.

Die Wahl begann; im ersten Wahlgang wurden Genosse Beidler mit 37 und Herr Lenger Boß mit 41 Stimmen gewählt; Genosse Bull erhielt 35, Genosse Rebenstorff 26 Stimmen. Beim zweiten Wahlgang war eine Einigung über die Person des zweiten nationalsozialen Kandidaten erfolgt und zwar wurde Herr Privater Boß-Bandsdorf auf den Schild erhoben. Dieser erhielt 34, Genosse Bull gleichfalls 34 Stimmen. Die absolute Majorität wurde nicht erreicht. Im dritten Wahlgang stieg dann die Stimmenzahl Boß auf 38, während Genosse Bull nur noch 33 Stimmen auf sich vereinigte. Während also unsere Genossen als ehrliche Leute den zweiten Nationalsozialen gewählt hatten, waren von den „Bundesbrüdern“ mindestens drei abgefallen. Herr Boß-Bandsdorf war mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt worden. Im 4. Wahlgang erhielten der Agrarier Lewitz-Giesendorf und Genosse Bull je 33 Stimmen, während 5 Stimmen auf den Registraturmann Gutin kamen. Gutin entfielen, außerdem wurde 1 weiterer Stettl abgegeben. Es mußte ein weiterer Wahlgang stattfinden, in dem dann der Agrarier Lewitz mit nationalsozialer resp. freisinniger Hilfe mit 37 gegen 33 Stimmen bei Abgabe zweier weiterer Stettl gewählt war. Es hatten also Nationalsoziale, die als Wahlmänner mit sozialdemokratischer Unterstützung gewählt waren, für den Agrarier und gegen den Sozialdemokraten, also ihren eigenen Bundesgenossen in diesem Wahlkampfe gestimmt.

Sowohl die Vorgänge, die wir in objektiver Weise an-

der Hand der vorliegenden Tatsachen geschildert haben. Nur aber kommt das Beste! Man scheut sich nicht, die sozialdemokratischen Bundesbrüder in einer geradezu niederrichtigen Weise des Verrats zu bezichtigen. Im gestrigen „Berliner Tageblatt“, Morgenausgabe, ist zu lesen:

„Recht üble Erfahrungen haben die Nationalsozialen bei der Landtagswahl im Fürstentum Lübeck mit ihren sozialdemokratischen Brüdern gemacht müssen. Die Genossen haben die Nationalsozialen im entscheidenden Augenblick einfach über den Löffel barbiert. Ein oldenburgischer Parlamentär schreibt uns in Ergänzung unserer telegraphischen Meldungen über den Ausgang der Wahl:

Die Landtagswahl im Fürstentum Lübeck, bei der die Nationalsozialen und Sozialdemokraten gegen den Bund der Landwirte und die Mittelpartei vorgingen, hat, wie schon gemeldet, das Ergebnis gebracht, daß zwei Nationalsoziale, ein Sozialdemokrat und ein Nationalliberaler (anscheinend ein Bündler) gewählt wurden. Da ein nationalsozialer Wahlmann durch Krankheit verhindert war, so hatten die verbündeten Parteien nur 36 von 72 Stimmen; es fehlte also eine Stimme an der Majorität. Es kam daher auf das Verhalten der nicht im Kompromiß eingeschlossenen Liberalen an. Die Bauernbündler hielten 29 Wahlmänner und hofften auch auf die Hilfe der sieben Liberalen. Im ersten Wahlgange kamen ein nationalsozialer Kandidat, der bisherige Abgeordnete Boß-Gutin, und ein Sozialdemokrat durch, in den weiteren vier Wahlgängen dann die beiden anderen Kandidaten. Die Sozialdemokraten ließen die Nationalsozialen im Stich. Sie erklärten fünf Minuten vor Eröffnung der Wahlhandlung, daß ihnen der zweite nationalsoziale Kandidat nicht genehm sei. Vier Tage vorher war er ihnen schon bekannt gegeben worden, ohne Ablehnung zu erfahren. Es wurde ihnen nun ein anderer Nationalsozialer genannt, und sie versprachen, diesen zu wählen. Trotzdem aber ließen sie im ersten Wahlgange auch diesen und wählten nur einen Nationalsozialen und die Leute von ihrer Partei. Durch diesen Vorbruch veranlaßt, wählten nun in den weiteren vier Wahlgängen erst zwei, nachher drei Nationalsoziale auch den zweiten sozialdemokratischen Kandidaten nicht. Sie gaben weiße Zettel ab; der dritte wählte im fünften Wahlgange den Nationalliberalen.

Vielleicht wird diese Lehre ernüchternd auf diejenigen Nationalsozialen, die sich noch immer von einem Zusammensein mit den Genossen goldene Berge versprechen. Die Tatsache, daß ein Nationalsozialer schließlich an Stelle des Sozialdemokraten den nationalliberalen Bündler gewählt hat, ist dafür, wie unerträglich die terroristische Willkür der Roten selbst einem rationalsozialen Grünen erscheinen sein muß.

Ähnliches war auch in der „Kiefer Btg.“ von „außändiger Seite“ zu lesen.

Man könnte empört sein über das Vorgehen des Preßmenschen, der in folg einer gemeinen Weise gegen die Sozialdemokratie, die ehrlich genug war, den Abmachungen entsprechend für 2 Nationalsoziale einzutreten, zu Felde zieht. Dennoch aber ist das Verhalten der Nationalsozialen während der Wahl als auch nach derselben im Parteinteresse nur mit Freuden zu begrüßen. Wird doch dadurch eine Wahl insofern geschaffen, als wohl selbst unsere kompromißlosesten Genossen im Fürstentum Lübeck nun ein für allemal kuriert sind. Auch ihnen dürfte sich jetzt, trotzdem die Sozialdemokratie im Fürstentum ihren Besitzstand — Mandat — behauptet hat, die Überzeugung aufrütteln, daß bei einer Kompromisswahl etwas gutes herauskommt. Für die Sozialdemokratie kann es nur heißen: Selbst ist der Mann!

Mögen unsere Genossen im Fürstentum Lübeck die nächsten drei Jahre bis zur Wahl ordentlich anstrengen, mögen sie agitieren und ihre politischen Organisationen mehr als bisher ausbauen, dann wird es möglich sein, bei der nächsten Wahl durch eigene Kraft aus dem Fürstentum Lübeck vier sozialdemokratische Abgeordnete nach Oldenburg zu schicken. Nach diesem Ziel zu streben, daß muß heute schon die heiligste Aufgabe unserer Genossen im Fürstentum Lübeck sein.

An die Arbeit!

Sozialdemokratische Presse.

Deutschland.

Pod bleibt und erhalten. Die „Schles. Volksztg.“ schreibt gestern: „Die Frage des Rücktritts des Landwirtschaftsministers v. Podbielski erfahren wir aus zuver-

läufigster Quelle, daß die Auseinandersetzung des Ministers, seine Stube dahinter sei schon geheizt und sein Automobil stehe bereit, bereits mehrere Tage zurück liegt. Wenn sich die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministers lediglich auf die Verzerrung stützt, so soll sie in sich zusammen.“ — Wirk' ein Bild für das hungrige Volk!

Die Fleischnot. Die Schlachthofverwaltung in Eichstätt, einer Industriestadt im Bezirk Nürnberg, berichtet: Der Mangel an Schlachtreisem Bleib werde sich voraussichtlich auch in der nächsten Zukunft noch nicht heben. Die hohen Fleischpreise seien für den kleinen Mann kaum zu ertragen. Der Bedarf zur Freibank sei noch nie so groß gewesen wie in den letzten Wochen; sei es doch vorgekommen, daß Leute zwölf Stunden vorher und die ganze Nacht hindurch vor dem Gebäude harren um bei der Öffnung der Freibank die ersten zu sein. — Die tolle Phantasie des gerissensten Agitators wäre nicht imstande, für seine Zweck Dinge auszufinden, wie sie hier von amtlicher Stelle als nacheilige Tatsachen berichtet werden. Man glaubt sich in die Seiten einer vollkommenen Hungersnot versetzt. Dem feudalen Großgrundbesitz und der agrarischen Elter zuliebe mag das schaffende Volk kreppieren; was lämmert Pod und Bülow und die andern!

Der Reichsverband der Katholiken! Das Ungeheuer hat enthüllt, daß der samele Reichsverband gegen die Sozialdemokratie aufgebaut ist auf der schmähesten Strapsigkeit, die nur je im deutschen politischen Leben existiert hat. Der Reichsverband hat die Parole ausgegeben, er wolle „alle bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie einigen“. Das jüngst veröffentlichte Schreiben des Vertreters des Verbandes Dr. Bovenschen hat in unübertrefflicher Art gezeigt, was man unter „alle bürgerlichen Parteien“ versteht. So war will man auch bei wohlhabenden Katholiken bestehen, aber die „nationalen“ Gegner des Zentrums rütteln zugleich tributpflichtig für den Verband zu machen, indem man gesteht, daß die Bestrebungen des Verbandes die Möglichkeit bieten sollen zur „Fürsichträumung des Ultramontanismus“. Die Blätter, welche dem Reichsverband näher stehen, sind daher in tödlicher Verlegenheit, wie sie sich mit dieser Entlarvung ihres Schülings abfinden sollen. Sie wissen kein Wort zu sagen über den politischen Trug, dessen der Verband soeben ist. Die Zentrumspresse dagegen ist höchst bestriedigt, daß der Reichsverband sich nunmehr selbst verraten hat. Die „Augsb. Volkszeitung“ erklärt: „Die Katholiken, die sich bis heute von ihrer austro-tirolischen Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie haben verleiten lassen, dem Reichsverband beizutreten, werden mit der Erkenntnis, daß man sie nur zum Drehen des für ihren eigenen Hals bestimmten Strides verhindern will, natürlich nichts eiliger zu tun haben, als ihrem Ausstieg zu erklären.“ Spottend fügt das Zentrumsblatt hinzu, der Reichsverband sollte ehlich den Titel umändern in Reichsverband „zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Ultramontanismus“. Freilich es hat nicht erst des selbstverräterischen Schreibers bedurft, um zu erkennen, was Gräßes Kind der Reichsverband ist. Man weiß, daß der Ausschuß des Verbandes sich ausschließlich zusammensetzt aus konservativen und konservativen nationalsozialen Reaktionären. Neben den Alem. Muslau, Dirlsen, Liebemann, Gedächtnis und Mantenfel-Schoffen zählen zum Ausdruck Nationalliberale von der Sorte der großindustriellen Arbeiterselbsthilfe à la Hilbd. Dortmund u. a. W. In konnte also längst wissen, in wessen Interesse die Einigung „aller bürgerlichen Parteien“ gegen die Sozialdemokratie geschehen sollte. Immerhin ist es einigermaßen interessant, auch die sonstige Tätigkeit des Reichsverbandes im Auge zu behalten. Dem „Vorwärts“ strömen fast täglich bald aus Berlin, bald aus Provinzstädten zahlreiche Briefe zu, welche der Reichsverband entgegnet hat, so daß er fast recht genau orientiert ist über alles, was die Herrschaften um Liebert und Bovenschen planen. Es liegt unter den mannigfaltigen Drucksachen, die der Verband verfaßt hat, ein „Festschriftprogramm“ vor, in dem einige Angaben enthalten sind, die auch unsere Parteigenossen interessieren können. Es wird darin mitgeteilt:

Der Verband habe bis jetzt über 20 verschiedene Flugblätter und Flugschriften veröffentlicht, von denen teils bei Wahlen, teils bei sonstigen Gelegenheiten mehrere Hunderttausende vertrieben seien. Erstere gibt der Verband eine „Korrespondenz“ heraus, die allwohentlich an mehrere hundert deutsche Zeitungen unentgeltlich verfaßt werden; bisher hatten sich etwa 325 Zeitungen bereit erklärt, die Aufsätze der Korrespondenz regelmäßig abzudrucken. Auf der Geschäftsstelle in Berlin sei, um den „geistigen Kampf“ gegen die Sozialdemokratie zu erleichtern, eine Bibliothek aufgestellt worden, die alle Veröffentlichungen der Sozialdemokratie, sowie alle Schriften über und gegen die Sozialdemokratie enthalten soll. Auch ein Archiv sei von der Geschäftsstelle in Berlin aufgestellt worden, in dem alle Zeitungsausschüsse, die die Sozialdemokratie betreffen, gesammelt und geordnet werden. Für die gesamten Arbeiten auf diesem Gebiete wolle also der Reichsverband

die Zentralstelle bilden, wo das gesamte Material geordnet und allen Mitgliedern, Ortsgruppen, angeschlossenen Vereinen, Reichstags-Abgeordneten usw. je nach Bedarf zur Verfügung gestellt werden soll.

Eine weitere Aufgabe des Verbandes sei die Errichtung von Rechtsausschäften an allen hierzu geeigneten Orten. Weiter siehe bevor die Herausgabe eines Handbuches, in dem alle diesen Schlagwörter, die man von sozialdemokratischen Rednern in Versammlungen zu hören bekommt, aufgeführt und unter Beifügung des einschlägigen Materials widerlegt werden sollen."

Zur Ausbildung von Rednern sei eine Rednerschule ins Leben gerufen. Vom Herbst an sollen in größerem Umfang Vortragsserien der Redner stattfinden, welche die Aufgabe haben, in öffentlichen Versammlungen das "Feste und Verhängnisvolle der sozialdemokratischen Lehren nachzuweisen".

Es ist nicht erstaunlich, daß der sinnlose Verband mittels einer immensen Agitation eine größere Zahl von Vereinigungen um sich zu gruppieren sucht und seine Mitgliederzahl steigert. Bei der Unfähigkeit, deren die Nationalsozialisten und Nationalliberalen in der Verteilung der Sozialdemokratie sich selbst bewußt sind, ist es begreiflich, daß man es zur Abwendung mit der neuen Flagge versucht. Diese Tatsache steht aber den Leitern des Verbandes dermaßen in den Kopf, daß sie durch ihre Tätigkeit die Sozialdemokratie bereits zurückdrängt sehen und für die nächsten Reichstagswahlen eine furchtbare Niederlage unserer Partei befürchten. Überall steht in den Kreisjäfern der Prähänse die Vorstellung von den "besorgten Stimmen aus dem Lager der Sozialdemokratie" wieder. Man bläst sich auf, als sei man ein gefürchteter Gegner, um also reichliche Mittelgroßen anzuladen. Nun soll es ganz gewiß nicht unsere Sache sein, jemals einen Gegner zu unterschätzen. Doch jene Besorgnis, deren der Verband sich fühlt, wäre schon darum eine ausgemachte Lücheit, weil gerade die Bildung dieses Reichsverbandes den Beweis für die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien erbringt, durch selbständige Politik gegen die Sozialdemokratie kämpfen zu können. Und die Mittel, die der Verband auswenden will, stellen sich entweder nur als eine Zentralisierung jener alten Mitteloden der Sozialistenschlachtung dar, die schon frisch wurden und niemals Erfolg hatten, oder aber sie sind uns besonders willkommen wie die Auffindung, daß die Redner des Verbandes mit uns in öffentlichen Versammlungen diskutieren sollen. Wenn der Verband hiermit die Wahrheit aufzufinden, so wird er mit seinen Problemen bald ein Ende sein.

Ein Pflaster auf die schmerzende Wunde. Der Staatsanzeiger meldet: Die vom Handelsminister Möller nachgelöste Entlassung aus seinem Amt ist unter Ausschaltung des Titels und Ranges als Staatsminister und Verleihung des erblichen Adels erlassen worden. — Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Delbrück, ist zum Staats- und Handelsminister, Regierungspräsident Jagow in Marienwerder ist zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen ernannt worden.

Das Nachspiel zum Königberger Hochverratsprozeß soll am 13. November in Riga stattfinden. Wie bekannt, figurierte in den Königberger Polizeidiensten unter den Bürgermeistern aus der Schweiz auch der Genoss E. Stablik. Während der Verhandlungen des Hochverratsprozesses in Königberg (12. bis 25. Juli 1904) saß unter Genoss E. Stablik schon längst hinter Schloß und Riegel. Er war schon vor der Verhaftung der deutschen Geiseln ermittelt worden, und zwar am 12. Oktober 1903 in Riga. Zugleich mit Stablik wurde die Schwester E. und die Tochterhaberin der letzteren mit ihrem Bruder verhaftet. Am Abend vorher waren einige Freunde in Riga ermittelt worden. Stablik und die Schwester E., die seit Jahren an Lungen schwäche leidet, befanden sich die ganze Zeit (also mehr als zwei Jahre!) im Untersuchungsgesangnis, aufzugs in Riga, nachher in Riga. Ein Anklageersturz, die erst vor einigen Tagen den Angeklagten eingehändigt wurde, werden Stablik und die übrigen drei Befreiten beschuldigt: 1. nach vorheriger Abschaffung im Jahre 1903 des in Riga befindenden verbrecherischen Bereichs, der den Namen "Königberger lettische sozialdemokratische Gruppe" trug und zu seiner Aufgabe den Einsatz der in Riga befindenden Regierungsumform und Gesellschaftsordnung gemacht hatte, sich eingeschlossen zu haben; 2. zur Bekämpfung ihrer Ziele aus dem Aufklade verbreite Bühnenberichte aufgedruckt zu haben; 3. zu bestreiter Zwecke Aufsätze hergestellt und eine Fassung gestaltet und 4. um ihre Tätigkeit nicht ehrlos betrachten zu lassen, mit der Lettischen sozialrevolutionären Arbeitergruppe in Riga in Verbindung standen und mit ihr zusammen die politische Arbeit zu führen. — Also alles in Europa (mit Ausnahme vielleicht von Stettin) vom Schreibe erzielte Handlungen und erzielte einzige Freiheiten mehr als zwei Jahrzehnte dienten dabei, daß auch Stablik, der noch am 1. Oktober 1903, wie aus der Rigaer Zeitung ersichtlich, im Entlaß war, gegen Haftstellung von Zeughöfen und sogar gegen Zeughöfe aus dem Südmärkischen Landkreise angeklagt wird! Als Zeugen sollen vorgeladen werden: zwei Grabenmarktforscher, ein Polizeioffizier, ein Schäpfer und ein Schäpferin. Für Stablik wird erwartet, als beispielloses Material eine Mitteilung vom Peterburger Polizeidepartement erbracht, in der bescheinigt wird, daß Stablik jetzt nach dem Berliner Aufstand in seinem Briefe mit seinen Revolutionären im Innern gehandelt habe und einer der tiefgründigen Organisatoren für die sozialrevolutionäre Bande der Stadt Sonnenberg und Riga gewesen sei. Dies wird bezeugt durch den Antragsteller des Königberger Oberpräsidenten an den Präfekten der Rigaer Bezirksregierung vom 24. Februar 1904 in Seinen bei Königberger Hochverratsprozeß, wonach der Königberger Oberpräsident ihm (dem Rigaer Präfekten) mitgeteilt habe, daß einer der Hauptorganisatoren des illegalen Bühnenberichts bei in der Schweiz wohnende und ein Pariser gesetzte E. Stablik gegeben sei! Dieser Stablik habe in Verbindung mit einer ganzen Reihe von Freunden gehandelt, bei denen die Königberger Bühne eine Umfrage überarbeitet und schriftliche Zeugnisse hergestellt, ausgedruckt und signiert und schriftliche Zeugnisse befragt habe. Angesehen wird als beispielhaft die Liste der preußischen Präfekte, die Stablik genannt, die er in den letzten Zeugnissen ge-

halten habe (Tag nicht angegeben. Korresp.) und wie sie in Nummer 48 des Wiener "Dampfboot" enthalten sei. — Also der Königsberger Oberpräsident und der preußische Justizminister als Belastungszwischen neben russischen Generälen und Schülern! In der Tat: Eine nette Gesellschaft!

Ein Damenti. Der Londoner "Observer" berichtete bekanntlich, daß Anfang d. Jz. Deutschland, Österreich und Russland dahin übereingekommen wären, Russisch-Polen durch die beiden erschienenen Mächte zu besiegen, wenn dort eine Revolution ausbreche; die Vorbereitung zu diesem Vertrage wäre von Deutschland ausgegangen. Die ganze Nachricht ist, wie der "Haar. Courier" von bestunterrichteter Seite erfährt, frei erfunden. — Warum erfolgt dieses Damenti denn nicht durch das Sprachrohr Billows ???

Kleine politische Nachrichten. Die Erste hessische Kammer nahm in ihrer Sitzung die Vorlage, betreffend den Votterievertrag mit Preußen und den thüringischen Staaten an. — Die Obstruktion im Münchener Gemeindevollegium ist beendet. Man einigte sich dahin, die beiden Reichsstrassen zur Bewerbung auszuschreiben. Die Geldstrafen, die über die fürtzlich zur Wahl nicht erschienenen Mitglieder verhängt waren, sind zurückgenommen worden. — Der dänische König gab dem Prinzen Karl die Erlaubnis zu einem Antritt der norwegischen Königsrone, wenn sie ihm angeboten werde. Und wenn nun das norwegische Volk den Karl nicht haben will? — Ullmann hat wieder ein Ministerium. Das Amtsblatt veröffentlicht die Erhebung des Oberbauministers Gnoeren von seinem Posten sowie die Ernennung des früheren Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Baron von Seelisberg, zum Ackerbau- und Forstminister. Baron Feieray wird mit der einstweiligen Leitung des Finanzministeriums und des Ministeriums à latere betraut und behält gleichzeitig das Präsidium im Kabinett. Gleichzeitig werden der Industrieminister Louni, Handelsminister Beroes, der Minister des Innern Kistoffy, Handelsminister Bibar und Kultus- und Unterrichtsminister Lufaces neuerdings in dieser Eigenschaft wieder ernannt. Auch wird demselben die Würde eines Geheimen Rates verliehen.

Russland.

Russische „Wahlfreiheit“. Was die russische Regierung unter Wahlfreiheit versteht, erichtet man aus einer geheimen Verordnung, die ein Landhauptmann im Gouvernement Nowgorod an die ihm unterstellten Wolosten erlassen hat, und die wörtlich folgendermaßen lautet: „Infolge geheimen Befehls des Nowgoroder Gouverneurs vom 28. 7. R 1159, das auf zielstrebige Anordnung des Ministers des Inneren erlassen wurde, schreibe ich hiermit vor, folgende Maßnahmen unverzüglich zu treffen: 1. Es soll eine großartige Liebewatchung derjenigen Personen eingezogen werden, die sich die Rolle eines Kommentators annehmen über die allerhöchsten Anweisungen, die zur Verbesserung der Staatsordnung und zur Führung des Volkswohlsstandes ergangen sind. 2. Es soll den Polizeibeamten gleichermaßen Unterstützung geleistet werden bei der Fortnahme von Aufruhen, Mittellungen, Brüchen usw. die von jenen Leuten verbreitet werden, und es soll keine Organisation von Versammlungen der ländlichen Bevölkerung zugelassen werden, und 3. muss über alle Kommunen, die die Beamten in obiger Hinsicht bemerkten, unverzüglich dem Landhauptmann Bericht erstattet werden.“ Ein Kommentar dazu ist wohl überflüssig. Hierzu zu hervorheben ist nur, daß die Verordnung nicht auf die Willkür eines untergeordneten Landhauptmanns, sondern auf ausdrücklichen Befehl des Ministers des Inneren selbst zurückzuführen ist.

Aufspaltung der Kräfte. In Petersburg, 29. Oktober, wird berichtet: In der Aula und einzigen Hörsälen der hiesigen Universität fand gestern eine Versammlung statt, an der 10000 Personen, Studenten, Arbeiter und Privatpersonen teilnahmen. In der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der erkläre wird, die Kräfte für den entscheidenden Sieg zu sparen, einem offenen Konflikt auszuweichen und den Streit nur mit Achtung auf einen sicheren Ausgang zum Gewebe der Solidarität zu veranlassen. — Weiter wird gemeldet: Auf Befehl des Stadtbaumeisters gab es gestern auf dem Schlüsselburger Projekt Platz einige Schüsse ab, da die Arbeiter Steine stürzten und mit Revolvern schossen. Niemand wurde dabei das Feuer der Feinde verletzt. Weil Rosenthal und zwei Offiziere sind schwer, zwei Polizisten leicht verletzt worden. Abernd und in der Nacht wurde die „Ordnung“ durch Polizeirollen aufrecht erhalten.

Worte, nichts als Worte! Rilöschen hat ein Attentat komödiantisch erläutert; in derselben heißt es: „Gott liebt unser Österreich die schweren Brüderungen und Schicksalsfälle in einem kühlen Brüder erlaubt, der vielfache Beweise der Tapferkeit und des Muttes unserer ruhmvollen (?) Truppen in dem harten Kampf gegen den tapferen und mächtigen Feind lieferte. Diejetzt ist alle so schmerzhafte Blöße ist beendet und der Durch unseres Landes wird es im Frieden und guter Nachbarschaft mit dem zu wirkt zu unserer Freude gewordenen japanischen Kaiserreich (!) von neuem entstehen. Jeden wie unseren Untertanen von der Sichererstellung des Friedens Mittel uns machen, sind wir über, daß ihre Gebete für mit den unsigen vereinen, daß Gott seinen Segen geben möge zu unserem großen Erfolge mit den vom Volke (welcher Höhe Red.) erwählten Wählern, zur Verbesserung des inneren Geschäftes Japanes.“

Österreich-Ungarn.

Gitter Adler gewählt. In Brüderberg in Böhmen wurde bei der Wahl, die durch den Rücktritt des Generaldirektors entzündet worden war, Genoss Viktor Adler mit überwältigender Mehrheit in den Reichsrat gewählt. Seine jährliche 26 000 Stimmen für Adler, 12 000 für den Deutsch-nationalen Rediger und 3500 für den Tschechisch-Slowaken Majer.

Japan.

Die Friedensvertrags-Unterzeichnung hat den Mikado veranlaßt, eine Landgebung an das gesamte Volk zu ziehen. Dieselbe lautet: „Wir haben es immer für den ersten Grundtag unserer internationalen

Politik gehalten, den Frieden im Osten aufrechtzuhalten und die Sicherheit unseres Reiches zu wahren. Die Förderung dieser hohen Aufgabe ist daher unser beständiges Ziel gewesen, aber im letzten Jahre sind wir aus Gründen, welche die Notwendigkeit der Selbstbehauptung diktierte, ungünstigerweise in Feindseligkeiten mit Russland hineingezogen worden. Der Erfolg gestattet in hohem Maße den gütigen Geistern unserer Vorfahren, der Ergebenheit unserer Beamten und dem Selbstverständnisse Patriotismus unseres ganzen Volkes. Nach zwanzig Monaten des Krieges ist die Stellung des Reiches gesichert, und sind die Interessen des Landes gefördert, und da wir in unserem Vorjahr, den Frieden zu erhalten, nievals schwierig geworden sind, war es entgegen unseren Wünschen, daß die Feindseligkeiten fortgezeigt würden und unser Volk unüberweise den Schaden des Krieges ausgesetzt würde, als der Präsident die Vereinigten Staaten im Interesse des Friedens und der Menschlichkeit vorstieg, daß die Regierungen von Japan und Russland sich über Friedensbedingungen einigen sollten. Da wir keine Freundschaft und kein Wohlwollen voll erkannten, nahmen wir seinen Vorschlag an und ernannten Geballmäßigte, welche mit denen Russlands beraten sollten. Nachdem die Bevollmächtigten beider Länder häufig zusammengelommen waren und miteinander beraten hatten, erklärt sich die Bevollmächtigten Russlands mit dem Vorschlag unserer Bevollmächtigten einverstanden, welche darauf hinzugingen, den Frieden des Reiches zu erreichen und den Frieden im Osten zu erhalten, und bewiesen so die Ausrichtigkeit ihres Wunsches, den Frieden herbeizuführen. Wir haben die Bedingungen geprüft, über die sich die Friedensunterhändler geeinigt hatten, und da wir dieselben in vollkommener Übereinstimmung mit unseren Absichten fanden, so haben wir sie angenommen und ratifiziert. Nachdem wir den Frieden und den Krieg gesichert haben, sind wir glücklich, den Segen der gütigen Geister unserer Vorfahren zu rufen, und imstande, die Früchte dieser großen Taten unseres Nachkommens zu blätternlassen. Es ist unserer ernstlichen Wille, den Krieg mit unserem Volke zu teilen und uns lange der Segnungen des Friedens mit allen Nationen zu erfreuen. Japan ist wieder der Freund Japans, und wir wünschen aufrichtig, daß die wiederhergestellten Beziehungen guter Nachbarschaft sich zu nähern und herzlichen gestalten mögen. In diesem Zeitalter, wo es kein Stücken im Fortschritt der Welt gibt, sollte auch keine Verzögerung eintreten in dem Bemühen, die Verwaltung der Staatsgeschäfte unseres Volkes sowohl nach innen wie nach außen zu vervollkommen. Während die militärische Tüchtigkeit in voller Kraft selbst in Friedenszeiten aufgesteckt werden soll, soll unser erstes Bemühen darauf gerichtet sein, Erfolge auf friedlichem Gebiete zu erzielen, so daß im gleichen Maße das Glück des Landes erhalten werden kann und auch sein anbauerndes Vorwärtsstreben gesichert wird. Wir warnen daher unsere Untertanen ernstlich vor Kundgebungen prahlenden Stolzes und beflehen ihnen, ihren Geschäften nachzugehen und alles zu tun, was in ihrer Macht liegt, um das Reich zu lädtigen.“

Parteitag der Provinz Schleswig-Holstein.

2. Tag. (Nachmittagssitzung.)

Zum Punkt: Sitz der Agitationskommission und Wahl des Vorsitzenden sprechen noch Frohme, Breuer, Sievers-Altona, Matthiesen-Apenrade, Winkelteich, Thomas und Saalfeldt. Es wurden bei der Abstimmung für den Sitz der Kommission 87 Stimmen abgegeben; davon entfallen auf Altona 46, Kiel 42, Neumünster 1. Somit wurde der Sitz nach Altona verlegt. Mit der Wahl des Vorsitzenden wird eine Kommission bestehend aus den Genossen v. Elm, Frohme, v. Rossbicki, Breuer, Thomas und Buch betraut und als Erstzmann Leische und Heinrich. Der Parteitag ging nunmehr zur Staatsberatung über. Saalfeldt berichtete, daß 10 Positionen verändert seien; es steigt damit die Gesamtausgabe auf 34 541,38 Mt. Die Schwiegerung erhöht sich auf 29 622,74 Mt. Redner empfiehlt eine Resolution, nach welcher diese Ausgabe durch eine Umlage von 20 Proz. der Einnahmen der zum Agitationsbereich gehörigen Kreise und der verbleibende Rest durch den Parteidienst zu decken ist, soweit Hamburg keinen Zuschuß hierzu leisten solle. Den leistungsfähigen Kreisen liegt die Pflicht ob, auch über die 20% abzuhängen. Adler legt zwei Resolutionen vor: 1) der Parteitag beschließt: Die einzelnen Kreise werden verpflichtet, bis zum 1. April Erhebungen vorzunehmen über die mögliche Zahl der Abonnenten für ein Wochenblatt und diese der Kommission mitzuteilen. Die Agitationskommission ist verpflichtet, auf Grund dessen ihre Vorarbeiten zu führen und darüber dem nächsten Parteitag zu berichten. II. Die Organisationskommission stellt mit Hilfe des 1., 2. und 4. Kreises Erhebungen über die Möglichkeit eines dänischen sozialdemokratischen Blattes für Nordschleswig an und sucht im Falle eines günstigen Ergebnisses Fühlung mit dem Parteidienst. Stimmt dieser in Sachen der finanziellen Frage zu, so kann die Agitationskommission das Blatt herausgeben. Frohme beantragt, der Streitigung des Titels Zuschuß an Mandatsinhaber im Stat nicht zugestimmen. Matthiesen-Apenrade und Sörensen-Glensburg sprachen für die Resolutionen Adler. Es wurde hierauf der Stat in der vorgeschlagenen Höhe angenommen. Gleichfalls angenommen wurde der Antrag Frohme und die drei Resolutionen. Zum Organisationsentwurf wurde eine Resolution Adler angenommen, nach welcher der Entwurf nochmals an die Statikommission zurückgewiesen wird und, nachdem die Verhandlungen mit Hamburg beendet, soll derselbe den Ortsvereinen zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Antrag Gaarden: Beibehaltung der Selbstständigkeit Gaarden, wird angenommen. Den geschäftlichen Bericht über die Presse erstatteten Krause und Hindelsgaard. Der Abonnementstand war am 1. Juli 1904 14 417, am 1. Oktober 1905 16 000. Der Abonnementanstand besonders in den schwierigen Kreisen gestiegen. Die Summe der Abonnenten beträgt 900. Bei der im September stattgefundenen Agitation seien 400 Abonnenten geworden. Auch für Buchhandel und Justizwesen sei eine Mehreinnahme erzielt. Es sprechen noch zu diesem Punkt Häckel-Kiel als Berichterstatter der Preskommission, Müller-Schleswig, Falck-Gaarden, Sörensen-Glensburg, Sörensen und Breuer und findet folgender Antrag Gaarden: Annahme: In der Zeitung wird eine abgeschlossene Rubrik für kleine Anzeigen betreffend Arbeitsmarkt, Wohnungssuche und Angebote, Berläufe usw. eingerichtet und bis zur Höhe von fünf Seiten mit 10 Pf. pro Seite berechnet. An Provision wird für diese Anzeigen nur 10 Proz. gewährt. Der Sitz der

Breitkommission bleibt in Kiel und Umgegend. Ein Antrag Müller auf Einberufung einer Breitkommission wird abgelehnt. Es gelangt nun zur Verhandlung ein Antrag Binneberg, der die Beteiligung an den kommunalen Wahlen nur dort will, wo die Möglichkeit hierzu vorhanden ist, und ein Antrag Altona, der die Beteiligung nur dort will, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Es begründeten die Anträge Flieger-Binneberg und Chomaz-Altona, dagegen sprachen Hindleisch und Adler-Kiel, sowie Sievers-Altona; beide Anträge werden abgelehnt. Es wird dann ein Antrag Adler angenommen, wonach die Breitkommission bei dem nächsten Parteitag einen halben Tag vor dem Parteitag zusammentritt, und jeder Kreis einen Delegierten in dieselbe zu entsenden hat. Frau Wartemberg-Altona beantragt: Da das preußische Vereinsrecht die Frauen hindert, Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins zu sein, die Organisationsform des schäfsten Wahlkreises einheitlich für die ganze Provinz einzuführen. Auf Antrag Adler wird dieser Antrag den Kreisen zum Studium überwiezen. Zum Punkt Fleischnot und die Grenzsperrre unserer Provinz verzichtet Adler auf das Referat und wird eine von denselben vorgelegte Resolution angenommen, in welcher gefordert wird die Eröffnung der Grenzen, Befestigung aller Minister, welche die Verantwortung für Militär und Grenzsperrre tragen, sowie Befestigung aller Hölle auf Lebensmittel und Futterstoffe. Ferner wird eine Resolution Adler angenommen, in der die Zwangspolitik in Nordschleswig aus schärfste verurteilt wird, sowie eine dritte Resolution, welche den gewerkschaftlichen Kämpfern Deutschlands, den Genossen in Schweden und Norwegen, Dänemark, sowie den russischen Revolutionären die wärmsten Sympathien ausspricht. Nach einem Schlußwort des Gen. P. Müller-Hamburg, in welchem er einen Rückblick auf die Verhandlungen des Parteitages wirft und nachdem der Genosse Blum den Elmkorner Genossen den Dank für ihre Bemühungen ausgesprochen, wird der Parteitag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie aller Länder, nachdem stehend die Marssallseife gesungen, kurz nach 8 Uhr abends geschlossen.

W. P.

Küche und Stadtvergleiche.

Freitag, den 20. Oktober.

Achtung, Zimmerer! Über den städtischen Wasserhauptplatz wurde die Sperrre verhängt, weil die Verwaltung es ablehnt, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen.

Der Zug von bürgerlichen Arbeitern nach Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Der Bürgerausschuss bewilligte in seiner Sitzung am Mittwoch auf Antrag des Senates den Verkauf eines Areals an der Ecke Hermanns- und Katharinenstraße für 100 Ml. an den Kaufmann A. Gunkel; die Unterstüzung des Lübecker Gewinnlichen Bauvereins mit 600 Ml. jährlich für die Jahre 1908 bis 1909 zur Unterhaltung des Warmbräuerebades; die Legung eines elektrischen Erdkabels nach dem Grundstück der Genossenschaftsmühle in Travemünde mit einem Kostenaufwand von 1140 Ml.; Ausweichung des Wasserhauptrohres in der Falkenstraße mit einem Kostenaufwand von 5800 Ml.; den Austausch und die Abtragung von Gründstücksläufen an der Breitenstraße, der Johannissstraße und dem alten Schrägen an die Firma Rudolf Karstadt zwecks Erlangung einer angemessenen Bauplatzlinie; sowie den Aufbau eines Landstreifens seitens des St. Johannis-Jungfrauenklosters von dem Eigentümer Koop zu Bocholt für 100 Ml. Der Bürgerschaft zur Genehmigung empfohlen wurden Senatsanträge betr. Genehmigung eines von der Baudéputation mit der Terraingesellschaft "Strohblatt" geschlossenen Vertrages und Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St. Jürgen, Bewilligung von 41.500 Ml. zur Erweiterung der Kesselanlagen im städtischen Elektroindustriegebiet, Bewilligung einer jährlichen Nutzungsabgabe von 3000 Ml. an die katholische Schule auf 3 Jahre; sowie Anstellung eines geprüften Beamten Lehrers am Lehrerseminar mit einem Gehalt von 2600 Ml. steigend bis 4200 Ml. An eine Kommission verwiesen wurde ein Senatsantrag betr. Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St. Lorenz für das Gelände zwischen der Eisfeldstraße und der Klosterrasse.

Über Schulversäumnis. Ein interessantes Urteil über Schulversäumnis wurde kürzlich in Biebrich gefällt. Ein Arbeiter hatte sein Kind wegen Krankheit aus der Schule zurückgehalten und davon erst am dritten Tage dem Lehrer Kenntnis gegeben. Deswegen in Strafe genommen, beantragte er gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht sprach ihn frei, ebenso auch die folgende Instanz, die Strafammer. Die Urteilsbegründung besagte, eine Bestrafung sehe voraus, daß das Kind nicht wegen Krankheit, sondern aus irgendeinem anderen Grund in die Schule unentschuldigt versäumte. Es sei selbstverständlich, daß man für das Zuhausebleiben eines franken Kindes nicht erst die Erlaubnis der Schulbehörde einzuholen brauche.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei hält heute, Freitag, abend im Vereinshaus ihre ordentliche Generalkonferenz ab. Auf der Tagesordnung steht außer dem Geschäfts- und Kassenbericht und der Abänderung des § 1 des Status der wichtigste Punkt: Ankauf der Grundstücke Johannissstraße 46-48. Es ist deshalb ein zahlreiches Erscheinen der Genossen dringend notwendig.

Aus dem Jahresbericht über die Verwaltung, den Betrieb und die Unterhaltung des Elbe-Trave-Kanals für die Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 entnehmen wir folgendes: Es haben, abgesehen von den abgabenfreien Schiffen, den Schlepp- und Personendampfern, insgesamt 4127 Frachtschiffe mit 897.672 Tonnen Tragfähigkeit und 392.905 Tonnen Ladung den Kanal passiert, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 654 Frachtschiffen mit 120.561 Tonnen Tragfähigkeit und 85.94 Tonnen Ladung bedeutet. Die Schuld an dieser minimalen Verkehrsstiegung wird im Bericht auf den abnorm niedrigen Wasserstand der Elbe zurückgeführt. Die Betriebsentnahmen betragen nur 53.509,55 Ml. Die Gesamtunterhaltungskosten beließen sich dagegen auf 194.172,72 Ml., wovon 144.372,89 Ml. auf Lübeck und 49.800,33 Ml. auf Bremerhaven entfallen. Aus diesem Ergebnis ist zu ersehen, daß in absehbarer Zeit die Betriebsentnahmen des Kanals nicht entfernt die Unterhaltungskosten decken werden; an eine Vergrößerung des Baukapitals ist überhaupt nicht zu denken. Man wird also denen recht geben müssen, die behaupteten, daß der Kanal ein halbes Jahrhundert zu spät gebaut worden ist.

Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen für das Gebiet der Freien- und Hansestadt Lübeck finden

statt: A. In Lübeck auf dem grünen Platz neben der alten Kaserne. 1. Am Mittwoch, den 1. November, 9 Uhr vormittags, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Kavallerie) der Jahressklasse 1898. 2. Am Mittwoch, den 1. November, 11 Uhr vormittags, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Kavallerie) der Jahressklasse 1899. 3. Am Donnerstag, den 2. November, 9 Uhr vormittags, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Kavallerie) der Jahressklasse 1900. 4. Am Donnerstag, den 2. November, 11 Uhr vormittags, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Kavallerie) der Jahressklassen 1903, 1904 und 1905, sowie sämtliche zur Disposition der Erfüllungsbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie der Jahressklasse 1893, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1903 eingetreten sind. 7. Am Sonnabend, den 4. November, 9 Uhr vormittags, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahressklassen 1898 und 1899. Zu den Spezialwaffen gehören: Jäger, Maschinengewehrtruppen, Kavallerie, Feldartillerie, Artillerie, Pioniere, Eisenbahnen, Telegraphen-, und Postfischertruppen, Eisenbahnen, personal, Traingemeine, Trainfahrer, Werdermänner, Militärbediener, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenwärter, Geistliche, Unterapotheker, Unterarztärzte, Fahnen- und Beschlagschmiede, Fahrlässiger aspiranten, Büchsenmachergehilfen, Waffenmeistergehilfen, Dekonominenhandwerker und Arbeitsoldaten. 8. Am Sonnabend, den 4. November, 11 Uhr vormittags, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe vorstehende Erläuterung) der Jahressklassen 1900 und 1901. 9. Am Montag, den 6. November, 9 Uhr vormittags, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe vorstehende Erläuterung) der Jahressklassen 1902, 1903, 1904 und 1905 und vom Jahrgang 1893 diejenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1893 in den Dienst getreten sind. Ferner die zur Disposition der Erfüllungsbehörden entlassenen der vorstehenden Waffen und sämtliche Garde-Mannschaften der Jahressklassen 1898, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904 und 1905 (einschließlich der von Garde-Truppenteilen zur Disposition der Erfüllungsbehörden entlassenen.) B. In Münster, Vorstadt auf dem Saderge: Am Dienstag, den 7. November, 9½ Uhr vormittags, für die Mannschaften aus den Gemeinden: Alsfeld, Bohlendorf, Giesen, Harmsdorf und Holzen. C. In Oldenbourg, auf dem Berge neben dem Kirchhof: Am Mittwoch, den 8. November, 9½ Uhr vormittags, für die Mannschaften aus den Gemeinden: Rüsse, Boggensee, Ritterau, Gr. und Kl. Schreitaken und Tramm. D. In Krummecke, vor dem Dörentröpfchen-Hause: Am Sonnabend, den 11. November, 2 Uhr nachm., für die Mannschaften aus den Gemeinden: Beidentorf, Gronsförde, Döbelsdorf, Krummecke, Moorgarten, Niemarck u. Sibrade. E. In Cuxhaven, beim Hause des Gemeindevorstehers Horstmann. Am Montag, den 13. November, 8½ Uhr vormittags, für die Mannschaften aus den Gemeinden: Cuxhaven, Dissen, Krumbel und Walkendorf. F. In Travemünde auf dem Markt: Am Montag, den 13. November, 11 Uhr vormittags, für die Mannschaften aus den Gemeinden: Travemünde, Brodten, Dümmerdorf, Gneversdorf, Hertenwinkel, Ihendorf, Kükenschlack, Rönnau, Siems und Teutendorf. In den vorstehend unter B. bis F. festgesetzten Terminen haben zu erscheinen: sämtliche Reservisten, die Halbinselvarden, die zur Disposition der Truppenteile Beurlaubt und die zur Disposition der Erfüllungsbehörden entlassenen, sowie diejenigen Landwehrleute, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1893 in das Heer eingetreten sind. Ausgenommen sind diejenigen Reservisten der Landarmee, welche Schifffahrt treiben und sämtliche Mannschaften der Marine vom Kontrollplatz Lübeck, da diese an der im Januar stattfindenden Schifferkontrollversammlung teilzunehmen haben. Besetzung von der Kontrollversammlung wird nur in besonderen Fällen erteilt. Einige Besprechungsversuche, welche seitens der Militärpolizei beizufügen ist, sind frühzeitig einzutreten. Richter schreiten in und gestellen zu einer fälligen Kontrollversammlung wird mit Arrest bestraft. Sämtliche Militärpapiere sind mitzubringen. Die Jahressklasse, zu welcher ein Mann gehört, ist unten auf der ersten Seite des Bahndekels angegeben.

Schlechte Luft aus dem Ofen zu entfernen, dafür gibt es ein sehr einfaches Mittel. Bei andauernder Hitze kann die in der Eise befindliche Luft nicht nach oben entweichen, weil sie kälter und infolgedessen schwerer ist, als die umgebende atmosphärische Luft. Sie tritt deshalb, üblich, durch die Öffnungen in die Wohnungen ein und macht den Bewohnern viel Beschwerden. Man hilft dem Nebelstand sofort ab, indem man für ein paar Pfennige Spiritus in eine Kohlenschauflie giebt, die in den Ofen tief hineinhält und den Spiritus entzündet. Die rostig aufflackernde Flamme reißt die Luftsäule über sich mit fort und führt die frische Luft zum Schornstein hinaus. Das Mittel ist besser, wie das oft empfohlene Anzünden von Papier oder Hobelspänen, die selbst erst wieder Rauch entstehen lassen, der nur zu leicht die Kraft der Flamme übersteigt und diese erstickt, während der Rauch ins Zimmer tritt.

Im Wilhem-Theater findet morgen ein regelmäßiges Ensemble-Schauspiel des Stadthallen-Theaters statt; zur Aufführung gelangt das Schauspiel von George Obrie "Der Hüttenehejäger". Es ist dies eines der bekanntesten Repertoirestücke und lädt stets eine ungeschwächte Zugkraft aus. Billets sind bereits im Vorverkauf bei Hertz f. W. Käbel, Otto Borchert, Breitestraße, und H. Dresdahl, Sandstraße, zu haben.

Die Kokspreise sind von den Gasanstalten bis auf weiteres wie folgt festgestellt worden: 1) Für den Blaueverkauf auf beiden Gasanstalten morgens von 7 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr abends. 1. Grobe Koks ein Hektoliter 0,90 Ml., zwanzig Hektoliter und mehr à 85 Pf. 2. Berschlagene Koks I (nur auf Gasanstalt II erhältlich) ein Hektoliter 1,25 Ml., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,20 Ml. 3. Berschlagene Koks II ein Hektoliter 1,15 Ml., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,10 Ml. 2) Bei Lieferung frei in's Haus in die Stadt und den inneren Begebaute der Vorstädte durch die Firmen Bernhardt u. Wilden, Fischergrube 75, und Heinrich Dietzel, Mühlstraße 62; 1. Grobe Koks ein Hektoliter 1,00 Ml., zwanzig Hektoliter und mehr à 0,95 Ml. 2. Berschlagene Koks I ein Hektoliter 1,25 Ml., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,30. 3. Berschlagene Koks II ein Hektoliter 1,25 Ml., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,20 Ml.

Zugang von Arbeitern (Schlossern etc.) für Radfahrer nach Hamburg-Altona ist fernzuhalten.

Nachtfröste stellen sich in letzter Zeit wiederholt ein und deuten auf das Herannahen des Winters hin. Die Dächer der Häuser, sowie die Wiesen und Sträucher bieten im Morgensonnenlicht einen winterlichen Anblick. In der verschneiten Nacht sank das Thermometer auf einige Grad unter Null und durch die Kälte wurden die Pfützen mit einer Eisdecke überzogen. Mit angstlicher Sorge geht manche Familie der kommenden Zeit entgegen, in der ihr Arbeitslosigkeit und als deren Folge Hunger und Frost wint. Gerade in dieser Periode der Arbeitslosigkeit wird jedoch erst mancher Arbeiter gewahr, welche Stütze er an seiner Organisation hat, die zwar nicht in der Lage ist, alles Elend zu besiegen, die es jedoch durch Arbeitslosenunterstützung usw. wesentlich zu lindern vermag.

Zugang von Maurern nach Schlutup ist fernzuhalten. Zugang von Arbeitern und Arbeitnehmerinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögeschen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohrbach in Lauen.

Gutta. Der oldenburgerische Landtag wird am Dienstag, den 7. November, im Landtagsgebäude seine Verhandlungen beginnen. Die Session wird bis zum 22. Dezember währen.

Klein-Nüschel (Fürstentum Lübeck). Feuer. Montag nach brannte das von dem Zimmermeister Fr. Schumann und dem Arbeiter Johnsen bewohnte mit Stroh bedeckte Haus der Witwe Jürgens hier selbst. Am nächsten Tage wurde bei dem Bruder des ersten eine Doppelbrennerei gefeiert. Es war ein großes Glück, daß sich anlässlich des Polterabends nach mehrere Einwohner wach befanden, denn das verheerende Element griff so schnell um sich, daß die beiden im Hause schlafenden Personen, Frau Schumann und ihr Vater Johnsen, nur mit geringer Not herauskamen. Von den Möbeln wurde fast gar nichts gerettet. Die Entstehungsursache ist bis jetzt unbekannt.

Mareburg. Etwa, was an sich Larassen lädiert ist nach dem "G. C." hier passiert. Eine ganze Kette Rebhühner flog durchs offene Fenster ins Schlafzimmer eines Einwohners auf St. Georg und suchte unter dem Bett ein Unterkommen. Aber der Mann war zu ehrlich, er jagte die Hühne wieder hinaus. Seinem Flurnachbar wollten sie es noch bequemer machen. kaum waren sie an der einen Stelle hinausgefördert, so flogen sie dem Flurnachbar direkt in die Küche. Aber auch hier fanden sie kein Unterkommen. Unwirsch jagte die Beherricherin aller Kochküche die opferwilligen Hühner wieder hinaus. Da gaben sie ihre Mühen auf und zogen wieder heim ins Feld.

Ploen. Zur Reichstagswahl. Es sind bis jetzt folgende Kandidaten aufgestellt: Voelkman-n-Kiel (konservativ), Struve-Kiel (freisinnig) und Weinheimer-Hamburg (sozialdemokatisch).

Kiel. Antrag auf Herausgebung des Wahlzettels. Beim Magistrat ist folgendes Schreiben eingegangen: Die unterzeichneten Stadtverordneten stellen hiermit den Antrag: Die städtischen Stellvertreter wollen beschließen: 1. Der § 2 des Ortsstatuts der Stadt Kiel erhält unter 4 eine neue Fassung, durch welche die an dieser Stelle ausgeführte Boraussetzung des Bürgerrechts auf die von Gefetz und Rechtsprechung für zulässig erklärt unter erste Grenze zurückgeführt wird, um so durch Herausgebung des Zettels einem möglichst großen Teil der Kieler Einwohner das Bürgerrecht zu sichern. 2. Zur Durchführung dieser Änderung des Ortsstatuts der Stadt Kiel wird eine besondere Kommission von drei Magistratsmitgliedern und sechs Stadtverordneten eingesetzt. Weber. Segen. Adler. — Ob der Magistrat diesem Antrag, dessen Berechtigung jedenfalls auch von bürgerlicher Seite nicht bestritten werden kann, seine Zustimmung geben wird, ist wohl recht zweifelhaft. Bei der bekannten Liberalität jener Leute darf man nicht viel Hoffnung darauf setzen.

Neudorf. Nicht erlaubter allgemeiner Gewerkschaftsball. Das Gewerkschaftskartell in Neudorf wollte im vorigen Sommer ein Gewerkschaftsball für die ihm angehörigen Gewerkschaften veranstalten. Das Fest sollte mit einem Ball verbunden sein. Gegen das Fest an sich wandte die Polizei nichts ein. Dagegen verbot sie den Ball, indem sie davon ausging, daß die Lustbarkeit eine öffentliche werden würde, weil alle Mitglieder der dem Kartell angehörigen Gewerkschaften Neudorfs Zutritt haben sollten. — Ein Bedürfnis für einen öffentlichen Gewerkschaftsball, erklärte die Polizei auf eine Frage des Regierungspräsidenten, bei dem der Vorsitzende Glau vom Gewerkschaftskartell sich beschwerte, nicht für gegeben, da schon genug andere öffentliche Tanzstätten zu Neudorf stattfanden. Der Regierungspräsident verwarf die Beschwerde und der Oberpräsident wies eine weitere Beschwerde ebenfalls ab. Mit den Beschwerdeinständen hat jetzt auch das Ober-Berufungsgericht angenommen, daß die Teilnahme der Mitglieder aller elf Gewerkschaften Neudorfs dem Ball den Charakter einer öffentlichen Tanzstätte verliehen haben würde, so daß eine Erlaubnis erforderlich gewesen wäre. Die Klage Glau gegen den Oberpräsidenten wurde abgewiesen. Die Verfolgung der Genehmigung sei aus objektiven polizeilichen Gesichtspunkten erfolgt.

Güstrow. Schwerer gerichtet. Verhandelt wurde gegen die Schuhmachersfrau G. Schröder, geb. Schmidt, aus Parchim. Sie wird beschuldigt, ihr an der Ecke der Mönkestraße und der Brodstraße zu Parchim belegenes Wohnhaus am 11. Juli d. J. vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. Die Untersuchung hat sich zunächst auch gegen den Chemann der Angellagten gerichtet, doch ist dieser außer Verfolgung gestellt. Die Angellagte bestreitet die Tat. Die Geschworenen befanden jedoch die Schuldtragen, worauf die Angeklagte in eine Bußhaftstrafe von fünf Jahren verurteilt wurde. Gleichzeitig wurden ihr die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

Stade. Die Ueberschwemmung im Kreise Hadeln, die durch den hohen Wasserstand hervorgerufen worden ist, hat großen Schaden angerichtet. Nieder, Wiesen und Wege sind meilenweit überflutet, so daß der Verkehr zum Teil nur mit Kahn aufrecht erhalten werden kann. Ein alter Mann, der Landmann Bartels aus Obisheim, ist im Hochwasser ertrunken. Aus Südingwerth wird berichtet: Die Wassersnot grenzt jetzt wieder an die Verhältnisse vor dem Wasserjahr 1888. Besonders hat unsere Woogegend stark darunter zu leiden, wo die Wege teils überschwemmt sind. Am östlichen leidet die Bewohner von Seehausen (Ostermoor), denen das Wasser stellenweise bis an die Haustür reicht und die Weide überflutet, so daß solche teilweise nur durch ein Fahrzeug zu erreichen sind, um die Kühe zu melken. Auch der Landbrietträger muß zeitweilig einen Kahn benutzen, um dort seine Bestellungen auszurichten. Dazu sind noch nicht die Kartoffeln aus der Erde, und an frische Saat

Jeder Landmann nicht denken, wenn nicht bald trockene Witterung eintritt.

Geb. n. Opfer des Meeres. Bei der Insel Bornholm strandete der Eisslether Herringlogger "Burghave". Ein Toter befand sich an Bord. Die ganze aus 14 Personen bestehende Mannschaft ist ertrunken.

STADT SCHLESWIG

Breslau. Selbstmord eines Dreizehnjährigen. Weil er „in die ewigen Jagdgründe eingehen wollte“, erschoss sich durch Indianergeschichten verdrückt gemacht, der dreizehnjährige Schüler Frik Großer im Krieg.

Braunschweig. Duellfegelei. Gestern fand zwischen zwei Offizieren des hiesigen Husarenregiments Nr. 17 ein Duell statt. Leutnant K. wurde schwer verwundet.

Halle. Erschlagen. In Themat wurde in der vorletzten Nacht beim Kirmesstand der Knecht Hör-

Lein, Bader von sechs Kindern, im Streit mit einem Stuhlbüren erschlagen.

Böhm. Beim Sprengen getötet. Bei den Sprengarbeiten in einem Steinbruch in der Nähe von Sondershausen mittels Dynamit durchschlug ein eingeschleudertes Gesicht ein benachbartes Wohnhaus und tötete den Besitzer.

Essen a. d. Ruhr. Familientragödie. Gestern Vormittag erhängte die Frau eines auf der Zeche „Gustav“ angestellten Bureaubeamten während der Abwesenheit desselben die beiden Töchter und dann sich selbst. Der Beweggrund zur Tat ist unbekannt. — Zwei Arbeiter auf der Eisenhütte „Böhmit“ wurden bei einer Explosion flüssigen Stahls tödlich verletzt.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Angländisches Getreide. Lübeck, 19. Oktober.
Weizen, 130—132 Pf. hell, Mf. 162—164 Roggen,
124—125 Pf. Mf. 148—152 Hafer, je nach Qualität,
Mf. 140—155, Gerste, je nach Qualität Mf. 140—155.

Sunlight-Seife

bietet die beste Garantie gegen vorzeitige Ablösung der Wäsche. Absolut frei von scharfen Bestandteilen, hergestellt aus den besten Grundstoffen nach dem vollkommenen Fabrikationsprozesse, erreicht an Milde und Reinigungskraft ist sie der beste Freund der sorgsamen Hausfrau. Sunlight-Seife säubert den Schatz des Hauses — den Wäschebestand. Die Hände der Waschfrau bleiben unversehrt und weich. Im Gebrauch sparsam. — In der Wirkung wunderbar.

Wohnung zu sofort oder zum 1. Jan.
zu vermieten.
Hinterstraße 3 a beim Steinraderweg.

Aufzähnchen, ein Haus zu verkaufen
event. zum 1. April eine Wohnung zu vermieten.
G. Hardt, Westfeld.

Werde so lange die Beigummurage des Büfetts
ausgetauscht für etwas anderes anführen, bis
mit der Gegenwart gesetzert wird
C. Becker, Tapzier.

Prima gelbglänzende Eßkartoffeln
100 Gr. 2,25 Mf.
Lager Alstrasse 34.

PF. Margarine
in bekannter vorzüglicher Qualität.

60, 70 und 80 Pf. p. Pf. p. Pf.

wilh. Langbehn Nachflg.

Warendorffstrasse 21 a.
Geben Lubeca-Marken.

Sonntags von 7—9 Uhr abends

reines Schmalz Gemüse
von höchster Qualität, sehr ausgezogen.
Pfd. 60 Pf.

Knochenfleis

dänisches Schweinefleisch
Pfd. 55 Pf.

Carl Boy
31 Markthallen-Stand 34.

Eingang Mengstraße, rechter Stand links.
Prima Kalbfleisch Pfd 49 Pf.

Prima Ziegenfleisch Pfd 39 Pf.
Markthallen-Stand 35.

Kopffleisch

Leberwurst Stück 10 Pf.
Brotwurst Stück 10 Pf.

Heinr. Viereck, Hürstraße 96.

Fleisch und Wurst
in großer Qualität
Rossschlachterei
G. Behrens, Warendorffstrasse 9.

Früher M. 120.—, jetzt M. 90.—

Floril-Fahrräder

aber noch! Ba. Material,
2 Jahre Garantie! Preis
eine Fahrrad M. 15 nur! Rennrad M. 22 250

M. 25 Fahrrad M. 280 Rennrad-Schwanz M. 22
R. A. Hill, Fahrrad-Großh., Schönstraße 9

Das ist kein Preis, sondern ein Rabatt!

Empfehlungs-Karten

Sehr günstig und sicher!
Die Druckerei des Loh. Polizeipr.

Bestellbarer Rechnung für den gesamten Betrieb der Polizei und Polizeibehörden der Stadt Lübeck und Landkreise sowie der mit P. L. gezeichneten Ortschaften und Gemeinden:

Polizei-Büro Lübeck — Polizeidienstleistung für den Landkreis Lübeck und Landkreis Lübeck — Polizei-Büro Lübeck — Dienst der Polizei, Lübeck & Co. — Polizei-Büro Lübeck.

213. Preußische Klassen-Lotterie.

Die Lose zur 5. Klasse liegen zur Abholung bereit.
Kauflose 5. Klasse vorrätig.

Carl Bischof, Lotterie-Einnehmer, Braunstr. 36.

189999999 Schuhfabrik
und Hut-Bazar
von
H. Stoppelman, Lübeck, Königstr. 73, Hürstr.

empfiehlt ihre Fabrikate in

Regenfischirnen.

Hüte und Mützen in großer Auswahl.

Neu! Neu! Pelzwaren, konkurrenzlos billig!

Filiale: Schwartau, Markt 12.

Rotte Rabattmarken!
Es bleibt dabei,
Sie kaufen die billigsten und besten
Schuhwaren
nur bei Louis Levy
Diese Markthalle 2—4, Ecke St.-Nikolai-
Rotte Rabattmarken.

Feinste Magdeburger Gauerföhl,
prima
Magdeburger Salzgurken,
Krene
Gemüse-Konserven
in großer Qualität
Sobald leicht frische prima
grüne Erbsen,
geschälte Viktoria-Erbsen
besonders weich frische neue
weisse Bohnen,
Margarine

durch großen Überschuss frisch:
1 Pf. 70, 65, 60, 55, 50 Pfennige,
2 Pf. 135, 125, 115, 105, 95 Pfennige.
Sämtliche Sozialitäten in der besten
Qualität zu erschwinglichen Preisen. Gehen Sie
zur Lubeca-Rabattmarken.

T. Buhrmann, Galanterie, W. Fahlke

Morgen:
Prima Salzheringe 12 Stück 45 Pf.
Bruchheringe 12 Stück 25 Pf.
Kunsthonig in 10 Pfund-Eimer 2.70 Mk.
Lager: Alstrasse 34.

Zum Aufstreichen auf Brot
empfiehlt ich als sehr vorteilhaft
ein im Geschmack Pfd. 20 Pf.
sehr süß und mit hochwertigem
Fruchtgeschmack Pfd. 25 Pf.

viel schöner als der billige Kunsthonig
Plaumenmus, Marmelade,
Ia. Kunst-Tafel-Honig
ausgewogen und in Emaille-Badtüpfen von 5 und
10 Pfund.

Natur-Honig
gelb und weiß

Oberfrone. Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marken.

Vofat = Verband
der Hafenarbeiter Lübeck

Gewinnliste:								
37	56	58	88	119	149	210		
233	268	282	360	374	383	384		
402	411	435	442	469	511	516		
551	597	622	645	696	701	711		
730	746	753	760	766	804	844		
850	851	880	883	897	898	916		
944	969	1004	1011	1051	1056	1075		
1083	1086	1087	1096	1099	1106	1129		
1191	1224	1230	1237	1249	1257	1264		
1314	1338	1352	1357	1405	1471	1474		
1510	1542	1546	1610	1611	1620	1622		
1625	1706	1712	1726	1740	1837	1859		
1872	1874	1895	1919	1940	1941	1978		
1991	1995	2020	2036	2058	2066	2123		
2211	2224	2234	2239	2323	2326	2337		
2375	2392	2432	2434	2438	2465	2499		
2549	2570	2588	2594	2614	2630	2640		
2649	2687	2694	2713	2716	2755	2760		
2805	2827	2842	2856	2904	2905	2927		
2932	2943	2999	3024	3036	3044	3064		
3087	3095	3103	3119	3122	3126	3137		
3155	3166	3170	3175	3189	3196	3209		
3294	3350	3372	3378	3406	3443	3462		
3467	3491	3511	3533	3538	3560	3561		
3582	3588	3596	3603	3634	3673	3674		
3691	3694	3703	3714	3746	3765	3810		
3821	3854	3886	3887	3888	3920	3930		
3996								

Die Gewinne sind am Freitag den 20. und Sonnabend den 21. d. Mts., abends von 7 bis 9 Uhr im Vereinsbalk in Empfang zu nehmen, später bei Herrn Restaurateur Utermark, St. Burgt. ab 25.

Gewinne, welche bis zum 10. Dezbr. d. J. nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinskasse.

Der Vorstand

Wilhelmtheater.
Sonnabend den 21. Oktober.
Ensemble Gastspiel des Stadttheaters.
Der Hüttensitzer.
Schauspiel in 4 Akten von Ohnet.

Beilage zum Lüdeder Volksboten.

Sonnabend, den 21. Oktober 1905.

12. Jahrgang.

Gärung unter den Ruhrbergleuten.

Aus dem Ruhrgebiet wird gescrieben:

Um letzten Sonntag fanden im Ruhrgebiet über 20 Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit dem neuen Berggesetz, der Ausweitung organisierter Bergleute, der Fleischverwertung und dem herrschenden Wagenmangel beschäftigten. Die Versammlungen waren fastig vom alten Bergarbeiterverband. Der Besuch hatte sehr unter dem überrauschenden Wester zu leiden, jedoch waren die Versammlungen in Bochum, Essen, Oberhausen, Gelsenkirchen, Herne, Gladbeck von je 800—2500 Bergleuten besucht. Die Situation der Arbeiter über das neue Berggesetz ist sehr wenig ruhig. Das Gesetz wurde ein Schundwerk genannt, die Schilder sagten, daß die Reichs-Berggesetz verhindert würde, daß die Arbeiter dem Zentrum. Sehr schafft wurde von Bergarbeitermitgliedern in der Diskussion kritisiert, daß neuerdings aus Angestellte des christlichen Gewerkschafts dem Gesetz allerhand Vorstell für die Arbeiter nachzubeten entgegen der fülleren abweichen Haltung des "Bergkappens". Es wurde an Beispielen nachgewiesen, daß Gewerkschaftsangestellte den Bergleuten die Unwahrheit über den Inhalt des Gesetzes erzählten. Gezeigt wurde sehr über das neue Gesetz. Entsprechend dem neuen Gesetz werden auf manchen Böden nun nicht mehr die Wagen genutzt, dafür aber um so stärker Geldstrafen verhängt wegen unerlaubter oder unzureichender Förderung. Dies gestattet die Berggesetzmöglichkeit. Hunderte Arbeiter auf einer Böde sind mit 50—100 Pf. bestraft worden wegen ungenügender Förderung. Sehr aufreizend ist das neu eingeführte Verfahren zur Aufhebung der Freizügigkeit der Bergleute. Hiergegen wurde folgende Resolution angenommen, die den Sachverhalt erklärt:

Die heutige Bergarbeiterversammlung erklärt:

Aus den Mitteilungen abgelehrter Kameraden geht hervor, daß eine Reihe Betriebsverwaltungen gegenwärtig einen Abkommen getroffen haben müssen, welche einer Aushebung der Freizügigkeit der Bergleute gleichkommt. Den betreffenden Kameraden ist nämlich auf den Böden, wo sie um Arbeit anfragten, gesagt worden, ohne einen Nebenmeinungsschein von der anderen Böde ablehrenden Seite angenommen. Diese Vereinbarung der betreffenden Betriebsverwaltungen steht im schroffsten Widerspruch mit dem als frei bezeichneten Arbeitsvertrag, auf den sich sonst stets die Unternehmer berufen. Die Betriebsverwaltungen haben eine förmliche Sperrreise verhängt über mißliebige Bergarbeitsmitglieder, die nicht mit dem geringsten Lohn und der schlechtesten Beschäftigung zufrieden sind. Eine Betriebsverwaltung hat es durch das Sperrsystem in der Hand, den Kameradschaften das unauslösbare Sperrrecht auszuüben oder den weiten Schleier Arbeitsverhältnisse abzuschließen. Andererseits gibt das Sperrsystem den Betriebsverwaltungen auch ein einfaches Mittel zur standigen Aussperrung unbeliebter Arbeiter an die Hand; man braucht ihnen nur keinen Überweisungsschein auszuhändigen, dann laufen die so Betriebsverwaltungen vergeblich um Arbeit ansteigend von Böde zu Böde. Gegen ein berichtigtes Sperrsystem erhebt die Versammlung eindrücklichen Protest. Es ist nicht nur ein großer Verstoß gegen die guten Sitten, sondern auch deshalb ungünstig, weil es den Bergleuten das Freizügigkeitsrecht nimmt und somit den freien Arbeitsvertrag, von dem die Gesetze und die Arbeitsordnungen sprechen, grundsätzlich bestreift. Dieses Sperrsystem überließert den Bergmann vollkommen der Willkür des Unternehmers. Dass die Bergleute sich eine berichtigte Unmöglichkeit nicht rühig gefallen lassen werden, bringt die heutige Versammlung warnend zum Ausdruck. Sie erachtet

die Reichsregierung und die zuständige Behörde, ungesäumt das ungesehliche Sperrsystem zu beseitigen und dafür Sorge zu tragen, daß den Bergleuten das Recht der Freizügigkeit ungehemmt erhalten bleibt.

Desgleichen nahmen die Versammlungen Stellung zur Fleischverwertung, die im hiesigen Industriebezirk sehr empfindlich auftritt. Den Standpunkt der Bergleute ergibt nachstehende Resolution:

Die heutige Bergarbeiterversammlung erklärt die Behauptung, es bestehe keine Fleischnot oder keine empfängliche Fleischverzehrung, als unwahr. Den Arbeiterschaften ist ohne statistischen Nachweis bekannt, daß Fleisch und Fleischwaren kein Monopol mehr vorstehen. Außerdem herrschen im hiesigen Industriegebiet Wohnungs- und Dienstleistungspreise, die von Arbeitersammlungen zum Schaden ihrer Gesundheit große Entwicklungen aufweisen. Wir Bergleute sind zur Erhaltung unserer Arbeitskraft gerüstigt, kräftige Nahrung zu genießen, anderfalls geht unsere Leistungsfähigkeit zum Schaden des Einzelnen und der Gemeinschaft zurück. Die hohen Fleischpreise zwingen aber tausende Familien zum teilweisen oder nicht selten sogar zum fast gänzlichen Verzicht auf Fleischnahrung. Die schlimmen Folgen einer solchen mangelsartigen Ernährung können nicht ausbleiben. Die heutige Bergarbeiterversammlung protestiert deshalb gegen eine Sozialpolitik, die dem arbeitenden Volke statt billige und ausreichende Nahrungsmittel zu geben, eine Art mehr vermittelte und verschlechterte Ernährungswise aufzwinge. Wir fordern die Regierung auf, sich endlich der ärmsten, darbenden Betriebsverwaltungen zu erinnern, darum mit einer Wirtschaftspolitik zu kreieren, die auf Kosten des Wohlgehalts der breiten Volksmasse einer verhältnismäßig kleinen Gruppe "standesgemähes Einkommen" verschafft. Hält die Regierung an dieser einseitig-agrarischen Politik fest, dann verlangen wir Bergleute, daß auch und durch Gesetz ein Mindesteinkommen garantiert wird, dann auch wir haben ein Recht auf ein auskömmliches Einkommen.

Es wurde überall beschlossen, sich an den Wahlen zu den Arbeiterausschüssen zu beteiligen, vorausgesetzt, die Betriebsbesitzer erklären, wer von der Betriebsleitung im Frühjahr gewählt hätte, wäre nicht aus der Betriebschaft gestrichen. Allein die Unternehmer krafft der ihres vom Landtag und Herrenhaus gegebenen Beschluss nur den Streitbrecher, die "unterbrochen" ein Jahr auf den Böden arbeiteten, das Wahlrecht, dann ist eine andere Beschlussfassung vorbehalten. Bis jetzt sind noch keine Arbeitsordnungen bekannt gemacht; die Unternehmer verschlieben den Anhang bis zum allerletzten Moment. Daraus kann man schließen, daß die Betriebsbesitzer den Betriebsosten kein Entgegenkommen zeigen werden, sondern die Kaufmännischen Auffassungen des Arbeitertags vollständig im Sinne des Schatzmeisters auszurichten gedachten, deshalb den Arbeitern keine Zeit zur Organisierung lassen wollen. Diese Auffassung herrscht hier vor. Das neue Gesetz wird ein Bonapfel sehr gefährlicher Art. Zur Frage des Wagenmangels wurde an den Eisenbahnmäntel das Geschenk gerichtet, schnellstens die Wagenlosigkeit zu beseitigen, da sie für viele Arbeiter einen Vorsprung bedeutet.

Kostgänger und Parteidilettanten.

Der alte Bergarbeiterverband beruft zum Sonntag wieder 25 Bergarbeiterversammlungen ein bei folgender Tagesordnung: Das neue Berggesetz. Arbeiterschlußwahlen. Arbeitserlaubnis.

Anlässlich der Beendigung des Kampfes in der Berliner Elektricitätsindustrie jubiliert die reaktionäre und arbeitsfeindliche Presse über den "Sieg, den das Unternehmertum über die Arbeiter errungen" habe. Sie werden

für Euch nicht ganz umsonst gewesen sein, und wenn Ihr —

"Ich danke Euch", sagte Hale, ziemlich kalt die ausgebreite Hand des Fremden zurückhaltend — „es ist meine Pflicht, den ehrlichen Mann zu unterstützen und Schurken ausfindig zu machen und zu entlarven. Für Geliebtes habe ich meine bestimmten Sporteln. Kennt Ihr diesen Smith?"

Sifly zögerte einen Augenblick mit der Antwort, endlich sagte er:

"Ja — von den Staaten her. In San Francisco bin ich nur einmal mit ihm zusammengetroffen."

"Euer Name ist — ?"

"Sifly."

"Allo gute Nacht, Mr. Sifly", sagte der Sheriff, indem er sich verwandt, um die Straße wieder zurück nach seinem eigenen Hause zu gehen. "Wenn Ihr Euch den Mann noch einmal genau betrachtet habt und Eure seelige gute Meinung über ihn vielleicht ändern solltet, siehe ich Euch wieder zu Diensten."

"Gute Nacht, Sir", sagte der Spieler, den die Worte doch etwas stutzig machten, indem er ebenfalls stehen blieb und ihm nachsah; aber im nächsten Augenblick schon zog er mit einem leichten spöttischen Lächeln die Schultern und schritt dem nächsten Trinkzelt zu, um sich dort erst mit Speise und Trank zu stärken.

Eis Ihr war vorüber, als er zum zweiten Mal Kent's Hause, diesmal aber alleine betrat. Ohne jedoch mit irgend jemand ein Wort zu wechseln, ohne selbst dem Blick zu begegnen, den Smith, sein früherer Kompagnon, auf ihn bestreute, ging er erst mit dem hier auf ihn wartenden Boyles zum Schankraum, und ließ sich dann an Smith's Tisch nieder. Hier sah er kleine unbedeutende Summen bald auf lese, bald auf jede Karte, ohne dem Verlauf des Spiels weitere Aufmerksamkeit zu gönnen.

Es wurde später — die meisten der Goldwäsche hatten

später schon merken, wie wenig Ursache sie dazu haben. Nicht die Unternehmer allein haben diesen Erfolg errungen, sondern nur durch das Eingreifen des Staates und der Stadt sind sie "Sieger" geblieben. Die Solidarität unter den Arbeitern, daß der Staat ein Staat der Bevölkerung ist und die Bevölkerung der Ausdruck der bestehenden Klassen, das ist der wahre Gewinn, den die allgemeine Arbeiterbewegung aus dem Kampf zieht. Jeder Arbeiter hat das nun mehr begriffen. Nach Crimmitzsch — Berlin. Aber trotz der offenkundigen Tatsache, daß nicht bis 20 000 und 40 000 Metallarbeiter in den Streik getreten sind, haben doch die Unternehmer sie auf die Straße geworfen, lügen die bürgerlichen Organe immer noch ihren Lesern vor, sozialdemokratische und anarchistische (hu!) Elemente hätten die Arbeiter in den Kampf gebracht. Die Führer der Organisationen haben vielmehr zum Frieden geholfen. Es ist nötig, all das nochmals festzustellen, nachdem die reaktionären Organe wie die Adlige über die Wahlen herfallen.

Eine Arbeiterin als Opfer der Arbeitswilligen-justiz. Man begnügt sich jetzt nicht mehr damit, Streikführer vor Gericht zu ziehen, sondern man greift auch nach Streikförderinnen, wie das folgende Beispiel zeigt. Bei der Buchdruckerei für die Hirschfeld in Leipzig war im Frühjahr dieses Jahres wegen tariflicher Differenzen ein Streik der Scher und Drucker ausgetragen, dem sich schließlich auch die Hützarbeiter und Arbeiterinnen anschlossen. Wie leider bei jedem Ausstand, so fanden sich auch hier unsaubere Elemente als Arbeitswillige ein und siedelten den Streikenden in den Rücken. Eines Tages — es war am 5. Juni d. J. zur Mittagszeit — lagen eine Anzahl streikender Arbeiterinnen der Firma die aus dem Geschäft treten Arbeitswilligen an sich vorüber bestiegen, und als die Arbeitswillige D. erschien, fällt das Wort: "Streikbrecherin". Die schwergewichtige D. erzählte dem Vorhang flugs ihrem bei derselben Firma Arbeitswilligen die verdeckten Männer und beschrieb ihm die freudende Arbeiterin König als diejenige, die den Ausdruck Streikbrecherin gegen sie gebraucht habe. Der Thermann erstaute schmunzelnd Anzeige und die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen die König wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. In der Verhandlung vor dem Landgericht Leipzig, befürt die Angeklagte, ein noch unbekanntes junges Mädchen, die ihr in den Mund gelagte Belästigung der Arbeitswilligen; es nützte ihr dies jedoch nichts, da sowohl die Arbeitswillige D. als auch Ehemann als Zeugen die Beschuldigung aufrecht erhielten; und so verurteilte die Strafammer die Streikförderin gewiß der Anklage zu drei Tagen Gefängnis. — Im Grunde des Arbeitswilligenstreites wird auch diese Verurteilung wohl niemand verwunderlich erscheinen.

Der Weberstreik in Reichensbach (Schlesien) ist beendet. Wohl hatten die Unternehmer von ihrer 36 Namen tragenden Prokriptionaliste 9 gestrichen, aber es blieben immer noch 27 Weber, die die Fläche des Kapitals zu kosten bekommen sollen. Andererseits war zu bedenken, daß die Unternehmer erklärt hatten, daß sie ihre Bugesandnisse bezüglich des Pfingstmontages und des Bohrmaßes zurückziehen würden, wenn die Streikenden und Ausgesperrten weiter die Arbeitserfassung verweigern würden; außerdem wollten die Unternehmer dann, wie sie in ihrer zufriedenlosen Bruttakta erklärt, noch eine größere Anzahl von Webern wohregeln. Hinzu kam ferner, daß sich in der letzten Woche mehr und mehr Arbeitswillige vom Lande gefunden hatten. Die Streikenden und Ausgesperrten konnten unter diesen Umständen, trotzdem von ihres feiner äußerlich geworden war, eine Besserung der Situation nicht erwarten. In der Sonnabendversammlung waren es denn auch hauptsächlich die Gemahnen, welche eine Wiederaufnahme der Arbeit empfahlen, damit das Ereignis nicht wieder in Gang gesetzt werde. Manchem Kampfgenossen steht sich bei den Erklärungen der Gemahnen eine Lach-

sich schon in ihre Blicke zurückgezogen, nur noch einige beobachtigten sofern zerstreut an den Tischen umher, den vergleichlichen Verlust machend, ihr bis jetzt verlorenes Geld wieder zu gewinnen. Endlich gaben es auch diese in Zweifelstellung auf; nur Sifly pointierte noch fort, niedrig wie immer, und als die Leute das Blatt verloren hatten, stand er edenfalls von seinem Stuhl auf.

Smith hatte indessen, mit einem verschleißen halbdurchdringenden Blick auf den alten Kameraden, sein Geld zusammengepackt. — Ray war von ihm schon vor etwa einer Stunde zu Bett geschickt worden — und er trat jetzt ebenfalls vor das Bett, wo er die dunkle Gestalt des Spielers mit untergeschlagenen Armen, ein paar Schritte voneinander, stand. Er sah sich um — der Wirt war im Bett beschäftigt, die verschiedenen Gläser weggestellt und unter die Tische zu leuchten, ob nicht hier oder da ein Goldstück hineingerollt sei — natürlich gute Wette für ihn. — Die Straße selber war menschenleer — nur hier und da brannte noch in einem der Zelte Licht, und Smith ging jetzt auf den ihm ruhig Erwartenden zu, streckte ihm die Hand entgegen und sagte:

"Gute Abend, Sifly."

Sifly drehte langsam den Kopf nach ihm um, ohne den Gruß zu erwidern oder die dargebotene Hand zu nehmen, und sagte nur:

"Kommt mit der Straße hinauf, wo die Zelte stehen. Was wir zusammen zu sprechen haben, braucht Niemand weiter zu hören."

"Ich habe Gold bei mir," antwortete zögernd der Spieler.

"Wir beide sind Manns genug, es zu verteidigen, falls es einem Dritten danach gelüftet sollte," lautete die ruhige Antwort, die häßte darüber überdies mit.

Smith's Augenbrauen zogen sich rasier und wie drohend zusammen; es war aber auch nur ein Moment, denn im nächsten schon sagte er still, vor sich hin lachend:

"Ihr scheint unser Geschäft in humoristischer Weise ab-

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerhäuser.

(55. Fortsetzung).

"Na ja — ich freue es Euch ja nicht ab", sagte Smith ruhig, während die Anderen lachten. — "Ihr könnet Euch aber auch eben so gut Johns oder Brown oder Philippus nennen, und wir Alle hier würden deshalb nicht äliger sein."

"Euer Name ist Smith, wie?" sagte der Kentuckier, den die Ruhe des Spielers ärgerte.

"Ich nenne mich so", erwiderte aber lächelnd der Lange, die Karten durch die Finger schnallend — "doch jetzt, Gentlemen, hoffe ich, daß mir jemand die Freude macht, das Gold hier abzuholen, daß er heute Abend gewinnen will. Es muß bereits acht Uhr vorüber sein, und die Nächte sind überdies so kurz." Einzelne legten sich jetzt zu dem Tische, und es dauerte nicht lange, so war alles andere im Interesse des tüchtigen Spielers vergessen und verschwommen.

Von dem Sheriff gefolgt, ging indessen Sifly, der schen Plan so plötzlich geändert, wieder hinaus aus dem Hause und langsam die Straße hinauf, während Hale wenige Minuten später an seiner Seite war.

"Was?" sagte der Sheriff und sah in dem hereinbrechenden Abend das Gesicht des Fremden zu erkennen, das Hut und Bart aber vollständig beschattete — "meine frühere Beschreibung passte doch auf ein Haar, und jetzt scheint Ihr Euch auf einmal anders besonnen zu haben. War das nicht Euer Name, den Ihr meintet?"

"Nein", sagte Sifly ruhig — "es tut mir leid, Euch unssofort bemüht zu haben, und ich wollte, ich hätte mir den Mann vorher selber angesehen. — Aber es soll wenigstens

nie war nicht ohne Folgen geblieben. Nachdem am 18. Februar ein Kind zur Welt gekommen war, zog der Goldarbeiter sich von dem Mädchen gänzlich zurück und verweigerte zudem noch jede Unterstützung. Der dem Kind gestellte Vorwurf lagte daraufhin gegen den Goldarbeiter auf Zahlung von Alimenten. Das Amtsgericht in Düren erließ am 18. April gegen den nicht erschienenen Goldarbeiter einen Verzähmungsurteil, worauf dieser zur Zahlung einer fortlaufenden Unterstützung von M. 45 vierteljährlich verurteilt wurde. Da der Goldarbeiter trotzdem nicht zahlte und Mutter und Kind ruhig thun im Schaf so überließ, so wurde er zum Offenbarungsseid geladen, nachdem noch ein vorheriger Pfändungsversuch fruchtlos verlaufen war. Am 24. Mai befandete der Goldarbeiter unter Ebd., daß er ab solut nicht instand wäre, etwas zu zahlen. Ich habe weiter nichts im Bilde, als seine notwendigen Kleider und an Vermögens 84 Pf. Einige Tage später, am Sonntag, 28. Mai, traf die Bürglerin den Goldarbeiter auf der Straße, wobei sie zu ihrem Kinde, das sie bei sich trug, sagte: Sieh, Mädelchen, da kommt dein Papa! Der Goldarbeiter ging mit erhobenem Stock drohend auf die Bürglerin zu. Sie lief eiligst nach Hause. Einige Stunden nachher ging sie in die Wohnung des beim Essen schlenden Mannes, legte ihm das Kind auf den Tisch und enttarnte sich eiligst. Kurz nachher erschien ein Polizeikommissar in der Wohnung des Mädchens und forderte es auf, daß das Kind sofort wieder abzuholen. Sie ging auch hin und nahm das Kind auf dem Tisch liegende Kind wieder an sich. Der Goldarbeiter stand lachend daneben mit einem seiner Freunde, der lachend in die Hände klatschte. Mit den Worten: „Jetzt gehen wir beide in den Tod“, ließ das Mädchen mit seinem Kind in den Stadtpark, wo es in der Nähe der Badeanstalt in die Ruhe sprang. Der Vorgang war aber beobachtet worden und es gelang auch, die beiden noch rechtzeitig dem nassen Element zu entreichen. Mutter und Kind haben keinen Schaden gesessen. Die so schwächlich betrogene und gefühllos behandelte Angeklagte gab vor Gericht die Tat unumwunden zu, will sie aber im Laufe vollständiger Bewußtlosigkeit begangen haben. Bei einem täglichen Verdienst von 1,50 Mark, so führte die Beschuldigte aus, sei sie außer Stande gewesen, auf die Dauer für sich und ihr Kind zu sorgen. In ihrer Ausregung hätte sie das Kind zu dem Goldarbeiter gebracht, jedoch nicht in der Absicht, es auch dort zu lassen. Das Kind würde ihr viel zu leid getan haben; sie habe durch ihre Vorgehungen den hartherzigen Menschen nur veräusserlich wollen, ihr beizustehen. Nachdem sie nun mit ihrem Kind das Haus des Mannes, von dem erschallenden Hohnlachen verfolgt, wieder verlassen habe, sei sie von hochgradiger Aufregung erschöpft worden. Was sie dann gemacht habe und wie sie ins Wasser gekommen sei, wisse sie überhaupt nicht. Nach kurzer Beratung erkannten die Geschworenen auf Michtschuldig und auf Grund dieses Spruches erfolgte die Freisprechung des Mädchens. Der Mann der Geschworenen überreichte dem Mädchen einen von den Geschworenen zusammengelegten Geldbetrag von einigen 40 M.; mit einem Geschenk trat die Freigesprochene unter Freudentränen den Heimweg an.

Bettlergeschichten. In der Monatschrift „Heimgarten“ erzählt Peter Rosegger allerlei schaurige und ernsthafte Geschichten von Bettlern in seiner steirischen Heimat. Nachdem er verschiedene Typen gezeichnet, berichtet er: „Da war auch der „Bettler-Hiesel“. Das war ein schlank, hagerer und gebückter Greis, der zur Zeit meiner Jugend in unseren Bergen umherkriegt. Sein schmales, langes Gesicht hatte immer graue Bartflecken; seine blutlosen Lippen, seine lange, blassne Nase, vollends sein blödes, glanzloses Auge hatte etwas Leichenartiges; anstatt des Hutes trug er eine schwarze Spitzmuße, deren Nadel immer das kleine Körplein umbaumeinte, das einzige Lebende um das erstarzte Haupt. Der Mann war nicht in der Gegend zuständig, sondern aus einem fremden Tale. Unter Druck hatte sich jahrelang vorgenommen, den Bettler-Hiesel abzuschaffen, aber so oft dieser vor seine Tür geschliffen kam, segte dem Richter der Mut dazu. Es war bedenklich. Der alte Bettler pflegte sich vor die Haustür zu stellen, sein grauelnnes Bündel zur Ecke zu legen, es aufzuschnüren und zu warten, was da kommen würde. Man konnte also gar nicht sagen, daß er bett, ganz starr und stumm stand er da, manchmal Stundenlang, grüßte nicht und bat um nichts, sondern wartete. Bäuerinnen, die ihn kannten, ließen ihn nicht allzu lange warten, kamen mit Speck oder Butter oder einer anderen Naturaliengabe und legten sie auf das Bündel. Der alte packte die Sachen gelassen ein, schaute zu, dann trat er in die Tür und hub mit dumpfer, halblallen der Stimme langsam und einstündig an, so zu sprechen: „Bergelt's Gott, Bäuerin! Hundertmal verzgle' Gott, Bäuerin! Glück in dein Haus und Stall, über Kinderla und Käberla all! Bergelt's Gott, Bäuerin! Deine arme Seele soll in den Himmel fahren! Deine Vater und Mutter in den Himmel fahren! Deine Brüder und Schwestern in den Himmel fahren! Bergelt's Gott, Bäuerin! Der Erzengel Michael soll dein Richter sein! Der Erzengel Gabriel dein Diener sein! Im ersten Himmel ist dein Brüder! Im zweiten Himmel ist dein Hochzeitstrahl! Im dritten Himmel wird dein Erbteil sein! Gott Vater kürt dich! Gott Sohn hilft dich! Gott heiliger Geist ist dein Freund in Ewigkeit, Amen! Bergelt's Gott, Bäuerin!“ Dann wendete er sich, wo das Bündel auf, stieß die Arme in die Taschen und schliss sie langsam davon. Sein Gesicht blieb starr ohne Schatten von Freude, wäre die Gabe auch groß gewesen. Dieser Bettlerspruch wirkte, besonders auf den, der ihn von diesem Mann das erste Mal gehört, ganz unheimlich. Aber der Bettler-Hiesel hatte einen noch kräftigeren, der übrigens selten zur Anwendung kam, denn darauf ließen es die Leute nicht ankommen. Das „in die Höll hinabreden“, das fürchteten alle. Wenn er tatsächlich Stundenlang vergeblich vor einer Tür gestanden war oder gar, wenn ihn übermüdete Buben neckten oder spotteten, dann stellte er sich ebenso auf die Schwelle und begann leise und langsam mit beschwerlich dumpfer Stimme einsinnig und feierlich also zu beten: „Bergelt's Gott! Bergelt's Gott den harten Herzen! Der Himmel Herrgott verflucht das Haus. Er wird es fegen! Er wird es brennen! Er wird die Leut' in die Höll hinabdrängen. Ja die erste Höll! Bergelt's Gott! Ja die zweite Höll! Ja die dritte Höll! Ganz hinab in die neunte Höll! Ja die feurige Pein! Bergelt's Gott den harten Herzen! Bergelt's Gott in aller Zeit und Ewigkeit, Amen!“ Dann ging er ebenso ruhig und gelassen davon, und sein schwaches Gesicht blieb starr, ohne Spur von Zorn und Groll. Niemand tat dieser Greis

etwas Übles, ja er war so kraftlos und flech, daß er bei jeder lebhaftesten Bewegung beinahe umgefallen wäre, und doch gab es in der ganzen Gegend keinen gefährlicheren Menschen als den Bettler-Hiesel. Und auch kaum einen lieber Geschenken bei jungen Bäuerinnen und alten Jungfrauen, die ihm etwas schenkten, und die er bis in den dritten Himmel hinaufsetzte, wo das Ehebett steht.

Die neueste Heldentat des liberalen böhmisches Polizeiministers. Man schreibt dem „Vorwärts“ aus München: Seit Herbst des vorigen Jahres besteht in München ein „probatorisches allgemeines Staatsamtskomitee“, das sich aus Vorständen verschiedener Beamterverbände zusammensetzt und die Wünsche und Bitten der Beamten in Bezug auf die Schaffung eines neuen Beamtengegesetzes, Änderung des Pensionsgesetzes usw. sachlich bearbeitet und der Regierung in Vorlage bringen will. Diesem gehört auch ein Polizeibeamter an, dem jedoch eines Tages plötzlich verboten wurde, sich an den Beratungen zu beteiligen, ja es wurde ihm von selalem Vorgesetzten jegliches Verwehert, mit einer Beamtenbeputation beim Finanzminister vorstellig zu werden. Bald darauf ging aber die Polizei noch einen Schritt weiter und erklärte das Beamtenkomitee für einen politischen Verein! Zur Begründung dieser kaum gewöhnlichen Maßnahme wurde angeführt, die Tätigkeit des Komitees wolle zu einzelnen Maßregeln der Verwaltung und Geschäftsbewegung, speziell auf dem Gebiete des Staatsdienstes rechts, zu Veränderungen und zur Neuschaffung von Gesetzen den Anstoß geben. Hiergegen wurde der Beschwerdeweg beschritten, jedoch erfolglos. Das Ministerium des Innern erklärte, daß es keinen Anlaß habe, der Beschwerde stattzugeben. Interessant ist, daß dieses merkwürdige Vorgehen veranlaßt wurde durch die Zugehörigkeit des erwähnten Polizeibeamten zum Komitee. Als nämlich der Vorsteher des Komitees bei einem höheren Beamten vorstellig wurde, soll man diesen gefragt haben, warum man gerade Herrn X. (eben jenen Polizeibeamten) dabei haben wolle, er glaubte, daß gerade hier durch der Stein ins Rollen komme, da die Polizei sich nicht um das Komitee gekümmt hätte! Man muß schon sagen, daß dies recht fürsche Verwaltungsprinzipien sind, die da entwickelt werden. Aber wie wissen ja aus Erfahrung, daß im Reiche des Grafen Heltsch nichts unmöglich ist und so liegt auch kein Grund vor, an der Zuverlässigkeit dieser Mitteilungen zu zweifeln. Das Vorgehen, das hier beliebt wurde, geht noch über die Maßnahmen hinaus, die man seinerzeit gegen die Wünchener Schwule ergreift hat, die von dem ihnen zustehenden Versammlungsrecht Gebrauch zu machen versuchten. Damals schützte man die angeblich gefährliche Disziplin vor. Da das im vorliegenden Falle nicht anging, hat man zu einem Mittel gegriffen, das mit den bestehenden Gesetzen auf keinen Fall in Einklang zu bringen ist. Besonders unerhört aber ist es, daß man den Polizeibeamten — es handelt sich um einen Kommissar — verbieten will, sich an einer beruflichen Vereinigung zu beteiligen. Mit demselben Rechte könnte man dann auch in dem anderen Beamten das gleiche Verbot auferlegen. Daß man dies gern möchte, daran zweifelt niemand, der nur einigermaßen die Beziehungen kennt. Die Regierung würde es gar nicht unangenehm empfinden, wenn sie den Beamten und Bediensteten „das ewige Petitionieren“ verbieten könnte. Im übrigen wird die Geschichte wohl noch ein Nachspiel im Landtage haben.

Zwei Jahre Buchhaus für einen Fuß. Londoner Blätter melden aus Baltimore: Dieser Tage wurde der farbige Kellner John eines Vorstadthauses zu zwei Jahren im Zuchthaus verurteilt, weil er die Kellnerin Mary, eine Iränderin, vor allen Gästen auf die Wange gefüßt hatte. John war von einem Gäste gehänselt worden, daß er sich nicht trauen würde, Mary zu küssen, worauf John eine Wette anbot, die der Guest akzeptierte. Ohne sich zu besinnen, ging sodann John auf das Mädchen zu und applizierte ihm einen Fuß auf die Wange. Die Strafe fiel so hart aus, weil John, wie schon bemerkte, ein Farbiger ist. Das ist die amerikanische „Gleichheit“ vor dem Gesetz.

Literarisches.

„Akademiker und Sozialismus“ von August Bebel. Zweite verbesserte Auflage. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte S. m. b. S. Die Schrift Bebels bietet mehr, als der Titel vermuten läßt. In erster Linie dazu bestimmt, in der im allgemeinen stumpfen, indifferenten akademischen Jugend Interesse und Verständnis für den sozialen Befreiungskampf unserer Zeit und für den Sozialismus zu erwecken, bietet sie eine kurze Darstellung wesentlicher Gedankengänge des modernen Sozialismus überhaupt und ist darum auch für jedermann, nicht nur für den eigenen Kreis der akademischen Gehilfen, lebenswert. Um die herrschenden Vorurteile zu zerstreuen, entrollt Bebel ein Bild der sozialistischen Bewegung, zeigt, wie sie in den ökonomischen Verhältnissen der Gegenwart begründet und aus kleinen Anfängen heraus zu der gewaltigen, unglaublich vordringenden Volksbewegung geworden ist, wie sie zu ihrem Ziel kommen muß, weil der Gang der Entwicklung notwendig dahinführt. Und dieses Ziel ist auch das denkbare höchste Kulturstziel, das die Menschheit in ihrer Lage sich stellen kann. Wir wollen alle Kultur und alle Bildungsmittel — jedem ohne Ausnahme nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen zu Teile werden lassen. Die landläufigen gegen die Sozialdemokratie gerichteten Schlämme von „Mäßigung“ und „Vaterlandslöslichkeit“ sind in der Schrift eine ebenso kurze, wie eindringliche Widerrufung. „Schaffen Sie sich ein Ideal!“ ruft Bebel mit einem deutschen Professor der Jugend zu: das Ideal, der gesamte Menschheit zu rüsten! Dieses Ideal hat unsere Partei. Wir sind nicht geneigt, in dem „allgemeinen internationalen Urteil“ unterzugehen. Warum sollten wir unser Volkstum aufgeben, unsere Sprache, unsere Sitten? — Wir wollen aber die Förderungen zur Förderung der Kultur zur höchsten Höhe entwickeln. Und darum, und so verstanden wollen wir die allgemeine Böllerverbrüderung. Die Schrift Bebels wirkt im besten Sinne propagandistisch für die Freiheit der Sozialdemokratie. In ihrer fesselnden Darstellung ist sie eine gute Agitationschrift für unsere Partei und daher den Genossen zur Weiterverbreitung zu empfehlen. Der Preis stellt sich auf 60 Pf. Bestellungen nimmt die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. entgegen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitervillen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer). Aus soeben Nr. 21 des 15. Jahrgangs zugegangen. Aus

dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Das Herrsein im Hause. — Lassen Sie Ihre Frauen mitarbeiten. — Verbandsstage der „radikalen“ Frauenrechtsvereine. Von Dr. H. Deutscher. — Über Schulgesundheitspflege. IV. Von Dr. Babel. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen: Von der Essener Reichstagwohl. — Politische Rundschau. Von G. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Gewerkschaftliche Arbeitervillenorganisation. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmberechtigung. — Dultung. — Frühstück: Früchtetier. Von Ada Christa. (Fortsetzung.) Frauen-Beilage: Ziel — entgegen. Von Clara Haaschen. (Gedicht.) Unsere Gesundheit. 8 Der Arger. Von Dr. Adams Bezzmann. — Storchenvorlesung. Von Eduard Mörike. (Gedicht.) — Die Choleragefahr. Von Dr. G. Thajes. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 260 Pf.

„Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erreichen?“ Unser diese Frage hat Julian Borchardt eine Broschüre im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinen lassen, die sich mit einer der wichtigsten Fragen der Erziehung beschäftigt. Der Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß die Prüfung in der Schule zu verwerfen seien, daß aber auch das Prügeln der Kinder im Hause für das körperliche und geistige Entwicklung des Kindes verderblich sei. Es gibt dana vielfache Anregungen, wie man die Kinder ohne Prügel erziehen kann. Der Preis dieser Broschüre beträgt 30 Pf., dieselbe ist auf Bestellung bei Friedr. Meyer u. Co. erhältlich.

Das „Jenaer Parteitags-Protokoll“ ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Es enthält die Verhandlungen nach den stenographischen Aufzeichnungen. Der Jenaer Parteitag war einer der wichtigsten für unsere Partei und so ist auch dieses Protokoll ein wichtiges Altersstück, dessen Studium allen Parteigenossen ebenso zu empfehlen ist wie den Mitgliedern der Gewerkschaften. Von grundlegender Bedeutung ist für Partei und Gewerkschaften die Frage der Meister und des politischen Massenstreiks. Beide Fragen sind durch sachkundige Referate und durch erste Diskussionen auf diesem Parteitag verhandelt. Dazu kommen die übrigen Fragen: Organisation, Jugendbildung, Aufklärung der Militärpflichtigen usw. Das 384 Seiten umfassende Protokoll kostet 70 Pf. brock, 1 M. gebunden, und ist durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. zu beziehen.

Von der „Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15). Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Quartal Jahr 120 Pf. ist soeben das 29. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen: Weltschlaf. — Der preußische Ministermarkt. — Die Wahl von Antoni Fabry. — In entscheidender Stunde. — Der Kampf in der Elektro Industrie. — Die Zwölfer. — Wider die „Neue Zeit“. — Albert Südlum: Gemeindewahlen. — Heimliche Wähler: Das Ende des Strafvollzuges. — Margarethe Böck: Geburtskneine. — Edmund Fischer: Die Mode. — Leo Berg: Subermanns Schauspiel „Stein unter Steinen“. — J. Bielokonski: Alles ist still geworden . . .

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 2. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gewerkschaftliche Kloßkämpfe. — Mengers „Neue Sittenlehre.“ Von R. Kautsky — Aus der Geschichte der lettischen Arbeiterbewegung. I. Von P. Kleinberg. — Der Friede in Afrika. Von M. Beer. — Die sächsischen Landtagswahlen. Von Hans Blech. — Berliner Theater. Von F. M. — Literarische Rundschau: Weißgerber, Otto. Jahrbuch der Wohnungsreform im Jahre 1904. Von ad. br. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Proveniensnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 21. Nummer seines 22. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derseiten erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Vom großen Nachbar“ und „Deutsche Hochkulturen“, sowie die weiteren Illustrationen „Die Profissau“, „Aus der Zeit des Fleischknos“, „Der Segen der Kolonialpolitik“, „Die Heimkehr aus der Mandchukuo“, „Die Sonnenstaaten in Deutschland“, „Ein berühmter Zeitgenosse“ und „Der Friede in Russland“. Der religiöse Teil enthält die Geschichte „Zara“, „Das Lied von der Rostovtissel“, „Die wachsende Geschichtlichkeit“ und außer zitierten kleineren Beiträgen noch die Novelle „Der Brief“ von Hans Hyatt, sowie eine Schidierung der „Mutter“ auf dem russischen Panzerstaffel „König Potemkin“, welche ein interessantes Bild des Ritterschäfers Matuzenko beigegeben ist. Der Preis der 12 Seiten starken Number ist 10 Pfennig.

Das Arbeitersekretariat
(unentgeltliche Auskunftsstelle für Jedermann)
ist geöffnet an Wochentagen von 12—2 Uhr mittags und von 6—7½ Uhr abends.
An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Sternschanze-Wiekmare.

Hamburg, 19. Oktober.

Der Schmiedehandel verließ stoff. Zugeführt wurden 931 Stück, davon vom Norden — Süd, vom Süden — Süd. Preis: Sonnenwärme — M. Verbandschäume, schwere 73—74 M. leicht 71—72 M. Staren 65—70 M. und Seide 68—71 M. pro 100 Pfund.

